SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland und Lettland

Uibopuu, Henn-Jüri; Urdze, Andrejs

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Uibopuu, H.-J., & Urdze, A. (1997). *Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland und Lettland.* (Berichte / BIOst, 46-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43231

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.uni-koeln.de/extern/biost

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Vorwort (Gerhard Simon) 2

Kurzfassung 3

Henn-Jüri Uibopuu
Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland und Lettland

I. Einleitung 5

II. Die historische Bewältigung 5

III. Die Bewältigung des Kommunismus auf der politischen und juristischen Ebene 8

IV. Ausblick 16

Andrejs Urdze
Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Lettland

I. Lettland während der Zeit der Sowjetherrschaft 19

I.1 Schäden und Verluste der 50jährigen Okkupationszeit 19

I.2 Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Lettlands bis zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit 19

I.3 Formen des Widerstands während der Sowjetzeit 21

II. Lettland nach der Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit 23

II.1 Die politische Entwicklung 23

II.2 Die Entwicklung der KP Lettlands und ihrer Nachfolgeorganisationen 26

III. Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit 28

III.1 Juristische Vergangenheitsaufarbeitung 28

III.2 Die Akten der Kommunistischen Partei und des Geheimdienstes KGB 30

III.3 Regelungen im sozialökonomischen Bereich 32

III.4 Die historische Aufarbeitung der Vergangenheit 33

IV. Ausblick 35

Summary 37

30. September 1997

Herr Uibopuu ist Professor für Völkerrecht und Ostrecht (Leiter des Völkerrechtsinstituts) an der Universität Salzburg.

Herr Urdze ist Geschäftsführer der Tagungsstätte "Haus Annaberg" in Bonn.

Redaktion: Gerhard Simon

Henn-Jüri Uibopuu/Andrejs Urdze

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland und Lettland

Bericht des BIOst Nr. 46/1997

Vorwort

Die beiden hier gemeinsam vorgelegten Arbeiten sind Teile eines von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" initiierten Forschungsprojektes über die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas.

In den baltischen Staaten ist die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur weiter fortgeschritten als in Rußland. Auch darin zeigt sich, daß die baltischen Länder der ostmitteleuropäischen Region zuzurechnen sind. Allerdings machen die Studien über Estland und Lettland auch deutlich, daß von Land zu Land Unterschiede hinsichtlich der Distanz zur kommunistischen Vergangenheit bestehen. In Estland war der Sowjetkommunismus weniger verwurzelt. Im Mittelpunkt der Abrechnung mit der Vergangenheit haben bisher in beiden Ländern die Annexion durch die UdSSR 1939/40, die Deportationen 1941 und 1949 sowie die Rehabilitationen der Opfer gestanden. Relativ weit fortgeschritten ist auch der Wechsel der Eliten auf den oberen politischen Ebenen. Dagegen besteht eine erhebliche Zurückhaltung, Anpassung und Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime zwischen den 50er und 80er Jahren zu untersuchen und darzustellen.

Gerhard Simon

Henn-Jüri Uibopuu

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland

Kurzfassung

In Estland war der Kommunismus niemals so stark in der Bevölkerung verankert wie in der restlichen UdSSR. Maßgeblich dafür war die Zurückhaltung der Bevölkerung der Russifizierung gegenüber und die nicht unbegründete Angst, im eigenen Land eine Minderheit zu werden. Daher entstand eine organisierte Dissidentenbewegung in Estland relativ früh, d.h.um1980.

Die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts begann bereits lange vor der eigentlichen Unabhängigkeit, die im August 1991 erreicht wurde. Eine Reihe von Gesetzen, wie das Sprachgesetz, die Verfassungsgesetze über die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit, das Gesetz über die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen und über die örtliche Selbstverwaltung, sowie Wirtschaftsgesetze bereiteten die Unabhängigkeit legistisch vor. Politisch war Estland im Jahre 1991 gut auf die Unabhängigkeit vorbereitet. Das erleichterte die politische Bewältigung der Vergangenheit. Die historische Bewältigung begann mit den ersten Schritten der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit 1988. Von den 28 registrierten antikommunistischen Parteien sind heute 15 im Parlament vertreten. Trotzdem ist nur ein kleiner Teil von ihnen eine Partei in unserem Sinne, die meisten sind nur Wahlbündnisse mit relativ geringer Parteidisziplin, was insbesondere die Präsidentenwahlen im August 1996 zeigten.

Leider ist der ethnopolitische Konflikt zwischen den aus der UdSSR zugewanderten Russen und den Esten noch nicht gelöst. Der Hauptgrund dafür ist im russischen Staatsbürgerschaftsgesetz 1991 zu sehen, welches den Großteil der Russen in Estland zu Staatenlosen machte, weil Rußland die Unabhängigkeit der baltischen Staaten bereits im August 1991 anerkannt hatte. Dadurch war es den in Estland ansässigen Russen nicht möglich, aufgrund des russischen Staatsbürgerschaftsgesetzes im erleichterten Verfahren die russische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Auch ist die Sprachenfrage noch immer brisant, weil Estland die Bedingungen für den Erwerb der estnischen Staatsangehörigkeit durch eine Sprach- und Geschichtsprüfung wesentlich erschwerte. Die ehemalige kommunistische Partei, die sich bereits 1989 von der KPdSU abgetrennt hatte, nennt sich heute Estnische demokratische Arbeiterpartei, hat aber politisch kaum Bedeutung. Nur bei der russischsprachigen Bevölkerung, insbesondere bei den Militärpensionären gibt es noch viele Anhänger des Kommunismus, die ihrer ehemaligen Eliteposition nachtrauern.

Ansonsten ist die Bewältigung des kommunistischen Unrechts sehr weit gediehen und die Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus abgeschlossen. Natürlich wird auch in Estland die Vergangenheit niemals völlig verdrängt werden können. Dafür war sie zu grausam, und dafür hat jede Familie ihren Blutzoll zahlen müssen. Aber bereits heute kann man sagen, daß das estnische Volk mehr in die Zukunft blickt als zurück. Nur im Zusammenhang mit der immer noch latent vorhandenen Gefahr der Wiedereroberung der baltischen Staaten durch Rußland wird man sich der Vergangenheit bewußt. Die russischen Militärpensionäre und die sonstigen russischen Chauvinisten sorgen dafür, daß diese Erinnerung wohl noch einige Jahrzehnte wach bleiben wird.

Andrejs Urdze

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Lettland

Kurzfassung

Lettland war 50 Jahre lang, von 1940 bis 1990, von fremden Staaten okkupiert. Sowohl die sowjetische (1940/41 und 1944-1990) als auch die deutsche Okkupation (1941-1944) waren mit großen Menschenverlusten und unermeßlichen materiellen und geistigen Schäden verbunden. Nach einer Zeit des aktiven Widerstands (ca. 1945-1950) folgten 40 Jahre Anpassung. Ende der 50er Jahre gab es aus der KP heraus Bemühungen, die Interessen der Republik wahrzunehmen. Danach beschränkte sich der Widerstand auf Einzelpersonen, wobei der kulturellen Intelligenz eine besondere Rolle zukam. Der größte Teil der Bevölkerung arrangierte sich mit dem Regime.

Nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit 1990/91 wurden die Strukturen der Sowjetmacht, die moskautreue KPL und das KGB, verboten und aufgelöst. Eine frühere KP Mitgliedschaft hatte jedoch für die Personen keinerlei negative Auswirkungen, weder im sozial ökonomischen noch im politischen Bereich. Die direkten Nachfolgeorganisationen der KPL hatten nach 1991 kaum Einfluß auf das politische Leben, doch wurde und wird die Entwicklung von vielen einzelnen ehemaligen KP-Mitgliedern, die in den Reihen anderer Parteien tätig waren und sind, in sehr großem Maße geprägt.

Die Vergangenheitsaufarbeitung gestaltet sich schwierig, da einerseits ein großer Teil der KGB-Dokumente vernichtet oder nach Rußland ausgelagert wurde, andererseits wenig Interesse an einer Vergangenheitsaufarbeitung besteht. Sie beschränkt sich in erster Linie auf die ersten Jahre der Okkupation, die Darstellung der Verbrechen der Stalin-Zeit und die Rehabilitierung der Opfer. Eine Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Lettland, eine Auseinandersetzung mit der Mitarbeit und Mitverantwortung auch der einheimischen Bevölkerung während der 50jährigen Okkupationszeit fand bisher nicht statt.

Henn-Jüri Uibopuu

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland

I. Einleitung

Die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit in den "postkommunistischen" Staaten ging bekannterweise unterschiedlich vor sich. Estland nahm zusammen mit den beiden anderen baltischen Staaten eine Sonderposition ein. Der Übergang von der Eigenstaatlichkeit zum Kommunismus geschah während des Zweiten Weltkrieges und war bis zur deutschen Besetzung 1941 nicht so weit gediehen wie innerhalb der UdSSR. Die Besatzungszeit brachte insofern eine Zäsur, als die baltischen Völker gehofft hatten, in den Deutschen einen Bundesgenossen im Kampf gegen den Kommunismus zu finden. Daher verhielten sie sich zunächst loyal den deutschen Besatzern gegenüber und erst nachdem sie erkannten, daß es Deutschland nicht auf eine Kooperation, sondern auf eine Besetzung mit der Möglichkeit der Ausbeutung ankam, änderte sich diese Einstellung allmählich. Sie wurde aber nie so feindlich, wie etwa in Rußland selber, wo russische Guerillas den Deutschen aus dem Untergrund Widerstand leisteten.

Die Wiedereroberung durch die UdSSR 1944-1945, der sich die baltische Bevölkerung in verschiedenen Freiwilligenformationen widersetzt hatte, brachte dann die Rache der Sowjets in Form von Verschleppungen nach Sibirien, was den Widerstandsgeist der baltischen Völker für lange Zeit aufrechterhielt. Damit war einer "begeisterten" Sowjetisierung der Riegel vorgeschoben, was die Besatzungsmacht bis zum Ende ihrer Besatzungszeit merkte.

Auf der anderen Seite hatte jede der drei baltischen Unionsrepubliken innerhalb der UdSSR gewisse Eigenheiten behalten dürfen. Für Estland war es (zusammen mit Lettland und Litauen) ein Schuljahr mehr als in der übrigen UdSSR, was den Unterschied zur westlichen Schulbildung verringerte. In Estland wurde die estnische Sprache bei der eponymen Bevölkerung besonders intensiv gepflegt, was letztlich dazu führte, daß bis zum Ende der Besatzungszeit die Eigenart des estnischen Volkes trotz der Versuche einer massiven Russifizierung besonders gut erhalten blieb. Die Zahl der auf Estnisch erschienenen Bücher war im Unionsdurchschnitt besonders hoch und die Pflege der kuturellen Eigenständigkeit durch die vielen Sängerfeste, bei denen das estnischsprachige Gesangsgut allerdings auf Unionsbefehl auf weniger als die Hälfte reduziert wurde, stärkte diese Bemühungen. Daher war der Wiederaufbau der Eigenstaatlichkeit, beginnend mit 1988, nicht so kompliziert wie in anderen Unionsrepubliken, in denen die Erinnerung an die eigene Staatlichkeit kaum noch vorhanden war.

II. Die historische Bewältigung

Auf die Frage, wie stark die Bewältigung des Kommunismus vor seinem Zusammenbruch in Estland war, muß zunächst festgestellt werden, daß in Estland, wie in den baltischen Unions-

republiken überhaupt, der Kommunismus niemals so stark in der Bevölkerung verankert war wie anderswo in der UdSSR. Die Zurückhaltung der Bevölkerung, welche die Russifizierung miterlebte und fürchtete, fremd in der eigenen Heimat zu werden, war naturgemäß größer als etwa in den slavischen Republiken oder in Zentralasien, wo man eher bereit war, die Dominanz des Russischen zu akzeptieren. Mit der Zurückhaltung gegenüber dem Russischen war auch die Zurückhaltung gegenüber dem Kommunismus sehr groß, denn er wurde gleichgesetzt mit Fremdherrschaft, mit dem Verlust der Eigenstaatlichkeit und Selbstständigkeit und mit der drohenden Gefahr der Zerstörung der eigenen nationalen Identität. Diese letzte Gefahr war aber in Estland sicherlich gering, denn kaum irgendwo in der UdSSR war der Nationalstolz der eponymen Bevölkerung so groß wie in Estland. Dabei spielte der sprichwörtliche Eigensinn der Esten, der "Eesti jonn", eine große Rolle. Auf der anderen Seite ging die Kolonialisierung des Landes durch Russen auch viel rigoroser vor sich als etwa in Lettland, wo immerhin 1941 der Anteil der Letten an der Gesamtbevölkerung bei 80%, in Estland dagegen bei 88% lag.[1]

So war es kaum verwunderlich, daß eine mehr oder weniger organisierte Dissidentenbewegung in Estland relativ früh, d.h. um 1980, entstand[2] und, an der Zahl der aus politischen Gründen verurteilten Personen gemessen, auch relativ groß war.

Bezüglich der estnischsprachigen Literatur muß man sagen, daß auch in düsterster Sowjetzeit die Zensur entweder lax oder zumindest großzügig war. Sonst ist es nicht erklärlich, warum etwa ein Buch mit dem Titel: "Der liebe Gott ist nicht zu Hause"[3] erscheinen konnte oder die Estnische (Sowjet)Enzyklopädie ausgesprochen "bürgerliche" Stichwörter veröffentlichte und bezüglich der estnischen Emigrantenliteratur nicht so giftig war wie etwa die Große Sowjetenzyklopädie. Es wurden durchaus kritische Werke gedruckt, die natürlich in den Geschäften sofort vergriffen waren. Besonders populär waren die Schlüsselromane von Jaan Kross. Etwa ab 1988, also gleichzeitig mit der sogenannten "Singenden Revolution", wurde die Literatur fast vollständig frei;[4] es gab keine Zensur mehr. Sowjetfeindliche Werke erschienen am laufenden Band und wurden von der Bevölkerung begeistert aufgenommen. Vor allem erschienen ab 1988 wieder Zeitungen unter ihrem alten Namen, wie "Sakala", "Viru sõna" oder "Pärnu Postimees".[5]

Der Kommunismus brach in Estland vor allem von unten zusammen. Zunächst fand am Jahrestag der Unterzeichung des Molotov-Ribbentrop-Paktes, dem 23. August 1987, in Tallinn im Hirschpark[6] eine Demonstration statt, an der eine Reihe ehemaliger Politgefangener die

---

1 P. Zvidrins, Changes of Ethnic Structure in Latvia, Lithuania and Estonia, I: Humanities and Social Sciences Latvia, 1993 1(1), S. 11.

2 Ausführlich dazu einer der jüngsten Politgefangenen der UdSSR 1981-1985 und Teilnehmer an den Demonstrationen am Jahrestag des Molotov-Ribbentrop-Paktes in Tallinn 1987, Tiit Madisson: Vastasseis, Tallinn 1996, S. 65ff.

3 Jumalat ei ole kodus.

4 K.-O. Veskimägi, Nőukogude unelaadne elu, Tallinn 1996, S. 295ff hält einen Befehl von Glavlit (Zensurbehörde in der UdSSR) vom 1.6.1986 für den Anfang der eigentlichen Aufhebung der Zensur. Darin wurde der Staatsbibliothek aufgetragen, alle Partei-, Sowjet- und Komsomoldokumente zu sammeln und zu vernichten.

5 Ibid.

6 Estnisch: Hirvepark.

Veröffentlichung des geheimen Zusatzprotokolls zu diesem Pakt und die Wiederherstellung eines freien Estlands verlangte.[7] Die ohnehin schwache nationale Unterstützung der kommunistischen Machthaber zeigte sich besonders im Schlußdokument des Kongresses des estnischen Bundes der Kulturschaffenden[8] vom 2. April 1988, in dem die sofortige Abberufung des sehr unpopulären KP-Chefs, des Auslandsesten Karl Vaino, gefordert wurde. Dem wurde sehr bald stattgegeben und durch die Ernennung des damaligen UdSSR-Botschafters in Venezuela, Vaino Väljas, Rechnung getragen. Die bald darauf folgende Bildung der Volksfront[9] setzte den Demokratisierungsprozeß und den damit zusammenhängenden Zusammenbruch des Kommunismus fort. Dieser kulminierte in den drei baltischen Republiken am 50. Jahrestag des Molotov-Ribbentrop-Paktes, dem 23. August 1989, mit der "Baltischen Kette" von Tallinn bis Vilnius, mit der über 1,5 Millionen Menschen friedlich für die Freiheit ihrer Heimat demonstrierten. Damals nahmen durchaus noch viele Russen und Vertreter anderer Nationalitäten an dieser Demonstration teil. Leider hatten die Esten in ihrer Unabhängigkeitseuphorie nicht an ihre russischsprachigen potentiellen Anhänger gedacht und genügend russischsprachige Informationen über ihre Absichten veröffentlicht. Dieses wurde von sowjetischer Seite zur Gründung einer prosowjetischen Gegenbewegung, der "Interbewegung",[10] genutzt, die, vom KGB gelenkt, Gerüchte verbreitete, die estnische Volksfront sei gegen die Russen als Volk gerichtet.[11] Die Esten wurden als Nationalisten und sogar als Faschisten beschimpft.

Die Schritt für Schritt voranschreitende Entwicklung hätte eines Tages sicherlich zur Eigenstaatlichkeit[12] geführt. Der tatsächliche Anlaß für die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit war dann aber der mißglückte Putschversuch in Moskau im August 1991. Mit diesem brach letztlich der Kommunismus in Estland zwar nicht durch Druck von oben, jedoch durch Ereignisse von außen zusammen.

Die historische Aufarbeitung der kommunistischen Jahre begann zusammen mit dem Wiedererstehen der Eigenstaatlichkeit etwa ab 1988. Natürlich konnte sie in der Zeit der zumindest noch formell wirksamen Sowjetherrrschaft nicht im vollen Ausmaß erfolgen. Heute kann man aber sagen, daß sie eigentlich abgeschlossen ist. Über dieses Thema ist eine Unmenge von Büchern erschienen, teilweise auch in Englisch oder Deutsch.

Die Akten der kommunistischen Partei und des Geheimdienstes befinden sich im Staatsarchiv[13] und sind frei zugänglich. Wissenschafter haben diese Quellen benutzt und wichtige Erkenntnisse gewonnen.[14]

---

7 Siehe dazu inter alia Madisson op.cit., S. 183ff.
8 Loominguliste liitude pleenum.
9 Estnisch: Rahvarinde.
10 Interdviženie.
11 Tiina Raitviir: Eesti üleminekoperioodi valimiste (1989-1993) võrdlev uurimine, Tallinn 1996, S. 63.
12 Siehe dazu Henn-Jüri Uibopuu, Die Verfassungs- und Rechtsentwicklung der baltischen Staaten 1989-1990, in: Berichte des BIOst, 61, 1990.
13 Tõnismägi 16, Tallinn EW 0001.
14 Z.B. Veskimägi op.cit..

III. Die Bewältigung des Kommunismus auf der politischen und juristischen Ebene

Die antikommunistischen Parteien – registriert sind insgesamt 28, von denen heute 15 in der Staatsversammlung vertreten sind – sind nur zu einem kleinen Teil Parteien in unserem Sinne. Vor allem ist ihre Zahl durch die Wahlbündnisse und Koalitionen im Parlament oft unklar oder zumindest undurchsichtig. Auch die Parteidisziplin ist mitunter mangelhaft, was insbesondere die Präsidentenwahlen am 26.-27. August 1996 gezeigt haben.

Im einzelnen finden wir in der jetzigen Staatsversammlung folgende Parteien:

Fraktion "Vaterland"[15] mit 8 Abgeordneten;
"Zentrumsfraktion"[16] mit 9 Abgeordneten;
"Entwicklungspartei"[17] mit 7 Abgeordneten;
"Landwirtepartei"[18] mit 8 Abgeordneten;[19]
"Fraktion der Gemäßigten"[20] mit 6 Abgeordneten;
"Bund der Pensionäre und Familien" mit 6 Abgeordneten;[21]
"Koalitionspartei"[22] mit 20 Abgeordneten;
"Die Rechten"[23] mit 4 Abgeordneten;
"Landbund"[24] mit 7 Abgeordneten;
"Reformpartei"[25] mit 19 Abgeordneten;
"Russische Fraktion" mit 6 Abgeordneten.

Ein 1995 erschienenes Sonderheft der "Nationalities Papers" der Association for the Study of Nationalities in Eastern Europe and ex-USSR[26] ist Estland gewidmet und enthält unter anderem 12 Selbstdarstellungen von politischen Parteien. Bei Selbstdarstellung ist nicht unbedingt Objektivität zu erwarten, trotzdem seien hier auszugsweise einige der Ausführungen erwähnt.

Die "Zentrumspartei", gegründet am 12. Oktober 1991, deren Vorsitzender Edgar Saviisaar ist, steht für eine gemäßigte Eigentumsreform,[27] für (moderate) Privatisierung, für mindestens 51prozentige estnische Kontrolle von Investitionen und für eine erweiterte Zusammenarbeit mit ethnischen Minderheiten und ihren Organisationen.

---

15 Isamaaliit.
16 Keskfraktsioon.
17 Arengupartei, die sich von der Zentrumsfraktion abgetrennt hatte.
18 Maarahva Erakonna fraktsioon.
19 Ein Abgeordneter, Eldur Parder, ist heute ein Unabhängiger.
20 Mőődukate fraktsioon.
21 Pensionäride ja Perede Liit.
22 Koonderakond.
23 Parempoolsed.
24 Maaliit.
25 Reformierakond.
26 Vision and Policies: Estonia's Path of Independence and Beyond, 1987-1994. Ed. and compiled by Andrus Park and Rein Ruutso, in: Nationalities Papers, vol. 23, no. 1, Spring 1995.
27 Op.cit., S. 188.

Die "Koalitionspartei", eine der derzeitigen Regierungsparteien, im Sonderheft der "Nationalities Papers" vertreten durch ihren damaligen Führer, Tiit Vähi, setzt sich den Kampf mit der Mafia, eine dezentralisierte demokratische Staatsstruktur, volle Privatisierung, dezentralisierte Besteuerung, höhere Pensionen und vor allem einen Rechtsstaat zum Ziel.

Die demokratische "Arbeiterpartei", die Nachfolgerin der Estnischen Kommunistischen Partei,[28] die nicht im Parlament vertreten ist, verzichtet auf militärische Blöcke,[29] sucht ausländische Investitionen auch aus dem Osten, ist für soziale Kontrolle über die Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung auch um den Preis einer Herabsetzung der Arbeitszeit und stärkeren Konsumentenschutz.

Die "Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei", gegründet am 20. August 1988 und heute im Parlament in der "Fraktion 'Vaterland'" präsent, hatte sich die Wiederherstelllung der Unabhängigkeit und Staatlichkeit des Vorkriegs-Estlands zum Ziel gesetzt (und es auch erreicht). Sie war von Anfang an sehr aktiv in einer Zeit, in der die Macht in den Händen der Kommunisten und der Besatzungsmacht monopolisiert war.[30] Sie tritt ein für freie Marktwirtschaft und einen Rechtsstaat, volle Rückerstattung von enteignetem Privatvermögen und vor allem für staatliche Unterstützung von Personen, die sich in den russifizierten Gebieten Nordostestlands niederlassen wollen.

Die "'Pro patria' Nationale Koalitionspartei", gegründet im Oktober 1992,[31] tritt ein für Liberalisierung der Wirtschaft und radikale Wirtschaftsreformen, Konsolidierung des staatlichen Sicherheitssystems, volle Entsowjetisierung der Gesellschaft, insbesondere des Rechts- und Rechtsdurchsetzungssystems, Priorität des einzelnen vor dem Staat und die Bildung einer Regierung des rechten Flügels.

Über die Parteienstrukturen und die Identifikation der Bevölkerung mit Parteien gibt es in Estland einige empirische Arbeiten.[32] Die Identifikation der Bevölkerung mit politischen Parteien ist denkbar klein.[33] Im europäischen Vergleich ist sie nur mit Portugal vergleichbar (Estland 7%, Portugal 10%, Großbritannien 41%, Dänemark 33%). Das Vertrauen in Parteien ist ebenfalls denkbar gering. Nur jeder zehnte Este und jeder zwanzigste Nicht-Este glaubt an sie.[34] Das generelle Mißtrauen in alle "öffentlichen Einrichtungen" ist wohl ein Erbe der totalitären Vergangenheit, die Rolle der KPdSU hierbei ist schwer zu überschätzen. Auch sind die meisten Parteien von oben, nicht von der Basis entstanden, die Wähler haben kaum Erfahrungen mit Mehrparteiensystemen. Vor allem die Instabilität der Parteienlandschaft, ihre geringe Unterscheidbarkeit und ideologische Wankelmütigkeit lassen Vertrauen in sie schwer entstehen.[35] Das Bild der Parteienclique war wegen der fehlenden Transparenz der

---

[28] Vgl. supra.
[29] Ibid., S. 199ff.
[30] Ibid., S. 211f.
[31] Ibid., S. 231ff.
[32] Z.B. Rain Rosimannus: Political Parties: Identity and Identification, in Nationality Papers, vol. 23, no. 1, Spring 1995, S. 29ff.
[33] Ibid., S. 30.
[34] Ibid., S. 33.
[35] Ibid., S. 38.

Parteienstruktur und der mangelnden innerparteilichen Demokratie zu offensichtlich. Nur die Volksfront, die aber nach der Herstellung der Unabhängigkeit im August 1991 immer mehr an Bedeutung verlor, hatte genügend Anhänger wegen des in sie gesetzten Vertrauens. Die Parteien sind urban zentriert und haben schwache Bindungen an die ländliche Peripherie. Ihnen fehlen vor allem echte überregionale Parteiorganisationen und Strukturen. Es wird wohl noch lange dauern, bis diese Mängel beseitigt sind. Dazu kommt, daß Estland in der Zwischenkriegszeit auch keine richtige Parteientradition entwickelt hatte, die Jahre der "schweigenden Zeit" 1932-1938 ihre Spuren hinterließen und der Beginn des Zweiten Weltkrieges sowie die im Juni 1940 erfolgte sowjetische Usurpation die Entwicklung zu einem echten Mehrparteiensystem verhinderten.

Man kann sagen, daß die bereits 1988 entstandene "Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei" nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrer Struktur dem westlichen Parteienmodell noch am nächsten kommt. Die Gemäßigten, welche etwa die schwedischen Sozialisten zu imitieren versuchen, kommen dem Idealtypus einer Partei auch noch relativ nahe. Ähnliches gilt von der "Reformpartei", die sich an Milton Friedmans "Capitalism and Freedom" orientiert.

Man muß aber feststellen, daß es immer noch einen ethnopolitischen Konflikt mit der Tendenz zur Erweiterung gibt. Der Ausgangspunkt ist wohl darin zu sehen, daß unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges und nach der zweiten sowjetischen Okkupation, als Estland 2.400 qkm an die UdSSR verlor, die Bevölkerung zu 97,3% aus Esten bestand,[36] deren Zahl dann im Jahre 1989 auf 61,5% zurückgegangen war. Diese Russifizierung war für die Esten natürlich ein großes Problem. Dazu kommt, daß Rußland Estland und die beiden anderen baltischen Staaten oft nur als "zum Schein" selbständig, als zur eigenen Interessenssphäre gehörig betrachtet und deren Unabhängigkeit als einen Fehler, der jederzeit wieder rückgängig gemacht werden kann.[37] Man kann in dem immer noch bestehenden ethnischen Konflikt auch den Gegensatz zwischen Nationalismus plus Marktwirtschaft plus Mehrparteiensystem auf der estnischen Seite und Imperialismus plus kommunistischem Totalitarismus auf der Seite bei einem Teil der russischsprachigen Bevölkerung sehen. Allerdings hat die "imperialistische Seite" nach der Wiederherstellung der estnischen Staatlichkeit eine differenziertere Position bezogen und anstatt des direkten Anschlusses an Rußland eine Autonomie in Nordostestland verlangt. Als nächste Stufe soll dann die Frage der territorialen Zugehörigkeit gestellt werden.

Die Sprachenfrage ist noch immer brisant, insbesondere nach der wesentlichen Erschwerung der Bedingungen für den Erwerb der estnischen Staatsangehörigkeit durch die Regierungsverordnung vom 20. Juni 1995[38] und der darauf beruhenden Verordnung des Innenministers[39] über Fragen, die dem Bewerber um die Staatsangehörigkeit gestellt werden. Diese betreffen die Staatsordnung Estlands, die Grundrechte und -pflichten der höchsten Staatsorgane und die

---

[36] Raitviir, op.cit., S. 254.
[37] Ibid.
[38] RT I 1995/56/973.
[39] RTL 1995, S. 171ff.

Bedingungen für den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit. Diese Fragen können als schikanös bezeichnet werden.[40] Immer wieder wird auch die automatische Verleihung der Staatsangehörigkeit an ständige Bewohner Estlands verlangt, wie es etwa Litauen 1990 mit seiner Null-Lösung getan hat.

Über den ethnopolitischen Konflikt ist in Estland viel geschrieben worden und ihm ist eine Sondernummer der "Proceedings of the Estonian Academy of Sciences" gewidmet.[41] Einer der vielen Kongresse zu diesem Thema fand im November 1995 statt. In den Kongreßberichten teilen zwei Autoren[42] die russischsprachige Bevölkerung Estlands in vier Gruppen ein:

1. "potentielle Adaptierer" (auch ursprüngliche Russen) – in Estland und in Nordostestland zusammen 46%;
2. "aktive Nostalgiker" – in Estland zusammen 39%, in Nordostestland 35%;
3. "passive Imperiumsanhänger" – in Estland zusammen 13%, in Nordostestland 17%;
4. "aktive Imperiumsanhänger" – in Nordostestland 2%.

Die geographische Differenzierung ist wegen der Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung in Nordostestland (Narva, Kohtla Järve, Sillamäe) von Bedeutung. Die Bezeichnung "aktive und passive Imperiumsanhänger" ist vielleicht etwas unwissenschaftlich gewählt, jedoch aussagekräftig. Unter den in Estland wohnenden russischen Militärpensionären findet man wohl den größten Anteil dieser Untergruppen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind es wert, wiedergegeben zu werden, da sie die Situation gut widerspiegeln.[43] In Ostestland wiederholt sich der Zustand von Gesamtestland, daß etwa 80% aller befragten Russen sich an die estnischen Bedingungen adaptiert haben oder dazu bereit sind. Von den "aktiven Imperialisten" befinden sich in Narva und Kohtla Järve 21%, also mehr als in Gesamtestland. Mindestens die Hälfte der russischsprachigen Bevölkerung Estlands weist ein Loyalitätspotential gegenüber dem estnischen Nationalstaat auf. Trotz der momentanen Lage, ohne estnische Sprachkenntnisse und ohne echte Bindung an Estland, haben viele Nicht-Esten in Nordostestland auch keine Bindung mehr an Rußland, weil sie sich nicht als russische Russen fühlen. Ein estnisch-zentristisches Selbstbewußtsein ist erst im Entstehen begriffen. Die vor einigen Jahren vorhandene antiestnische Haltung ist durch eine Doppelloyalität ersetzt worden, was den Integrationsprozeß beschleunigt.

Eigene Zeitungen haben die Parteien nicht, allerdings sind einige Zeitungen parteilich. Ihre finanzielle Basis sind teilweise Zuschüsse für die im Parlament vertretenen Parteien,[44] teilweise

---

[40] Welcher estnische Staatsbürger hat kein Stimmrecht? Kann jemand gezwungen werden, gegen nahe Familienangehörige auszusagen? Wer schützt Autorenrechte? Können die Kompetenzen eines Parlamentariers vorzeitig beendet werden? Tritt die Regierung nach dem Tod des Premierministers zurück? Wer ernennt den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes? Können Einzelpersonen aus der Staatsangehörigkeit entlassen werden?

[41] Die ethnischen Prozesse Estlands in Vergangenheit und Zukunft, no. 45/2.

[42] Axel und Marika Kirch.

[43] Ibid., S. 66.

[44] Die Fraktionen (derzeit 9) erhalten je 60.000 EKS (Kronen).

Mitgliedsbeiträge. Der Zugang zum Fernsehen und staatlichen Rundfunk war im letzten Wahlkampf für alle Gruppen gleich. Allerdings wurden von einigen Parteien Sendungen auf eigene Kosten oder unterstützt durch Industrie und Banken veranstaltet.

Die Regierung der "'Pro patria' Fraktion"[45] war wegen ihrer starken Westorientierung bisher die erfolgreichste. Tiit Vähi führte im Juni 1992 eine Geldreform durch und genießt noch heute großes Ansehen. Die Regierung hatte eine solide Mehrheit hinter sich, war die "Regierung der ersten Stunde" und konnte auch durch andere Reformen sichtbare Erfolge vorweisen. Sie unterlag vor allem nicht dem Einfluß der Agrarier, die den raschen Wirtschaftsreformen zweifelnd gegenüberstanden.

Die darauf folgende Regierung Tarand[46] war von vornherein als Übergangsregierung gedacht, und die Regierungen Tiit Vähi I und II[47] sind nicht so erfolgreich wie die erste. Der wichtigste Grund ist vor allem bei den Koalitionspartnern von der Agrarierseite und der "Partei der Pensionisten" zu suchen. Am Anfang war es vielleicht auch Edgar Savisaar, der am 10. Oktober 1995 wegen einer Abhöraffaire abgesetzt wurde. Er hatte im Jahr 1989 für die damalige Zeit gewaltige Reformen in die Wege geleitet, z.B. das Planungskomitee in das Wirtschaftsministerium umgebildet.[48] Der Regierung wird außerdem eine hohe Korruptionsrate zur Last gelegt, welche sie zumindest nicht verhindern konnte.

Die ehemalige kommunistische Partei, die sich bereits 1989 von der KPdSU abgetrennt hatte, nennt sich heute "Estnische Demokratische Arbeiterpartei". Ihr ehemaliges Vermögen war bereits zu diesem Zeitpunkt dem estnischen Volk übertragen worden. Von den ehemaligen etwa 70.000 Mitgliedern sind heute etwa 5.000 übriggeblieben. Um sich über Wasser zu halten, ist sie zu einer rechtslastigen sozialdemokratischen Partei reformiert worden (rechts steht heute auch die sich merkwürdigerweise als "Zentrumspartei" bezeichende Partei von Edgar Savisaar). Zum Abbau des Kommunismus hat die "reform"-kommunistische Partei unter Vaino Väljas, der im estnischen Volk sehr großes Ansehen genießt, viel beigetragen. Sie hatte in den Jahren bis 1991 viele moskaufeindliche Politiker unter ihren Schutz gestellt.

Funktionsträger im öffentlichen Dienst aus den Reihen der ehemaligen höchsten Elite gibt es kaum. Aus der höchsten Elite gibt es allerdings einige Personen, die bereits unter kommunistischer Herrschaft ihre Bereitschaft zum Aufbau eines demokratischen Estlands gezeigt hatten. Die hervorragendste Persönlichkeit ist hier sicherlich Arnold Rüütel, seinerzeit Vorsitzender des Obersten Sowjet der ESSR, als solcher nach der Souveränitätserklärung Estlands vom 17. November 1988 nach Moskau zitiert, um vor dem Zentralkomittee und dem Obersten Sowjet der Sowjetunion Rechenschaft abzulegen. Er bewies mit seiner Haltung Zivilcourage. Bis zur Annahme der Verfassung 1992 war er dann formelles Staatsoberhaupt, zog sich bis zu den Parlamentswahlen 1995 aus der "großen" Politik zurück und war 1993-

---

45 Isamaa liit, Regierung unter Mart Laar 21.10.1992-8.11.1994 (nach Edgar Savisaar), die Regierung von Tiit Vähi Januar 1992-Oktober 1992.

46 Von den Gemäßigten.

47 3.11.1995 bis heute.

48 Naturschutz- und Forstkomitee in das Umweltministerium, das Arbeits- und Sozialkomitee in das Arbeitsministerium usw.

1995 Abgeordneter im Tallinner Stadtrat, kehrte 1995 wieder in die Staatsversammlung zurück, wo er als Führer der erstaunlich erfolgreichen Landwirtepartei mit dem eigentlich beschämenden Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsversammlung abgefunden wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen im August 1996 erhielt er in den ersten beiden Wahlgängen im Parlament 34 und im dritten 32 Stimmen. Nachdem im vierten Wahlgang am 20. September 1996 fünf Kandidaten angetreten waren, von denen keiner die erforderlichen 188 Stimmen der Wahlversammlung erhielt, ging er zusammen mit Lennart Meri, dem amtierenden Staatspräsidenten, am selben Tage in die letzte Runde. Bei der Stichwahl erhielt Lennart Meri 196 Stimmen und wurde für seine zweite Amtsperiode, diesmal für fünf Jahre, zum Staatspräsidenten gewählt.

Der ehemalige Außenminister Arnold Green ist Leiter des estnischen Olympischen Komitees und als solcher viel in der Öffentlichkeit zu sehen. Aus der mittleren Elite sind allerdings noch einige Personen in der Wirtschaft, aber auch in der Politik tätig,[49] kaum in Banken, Verlagen und an den Universitäten. Auf Saaremaa[50] ist ein Strafverfahren gegen den KGB-Mitarbeiter Vassilij Riis eingeleitet worden. Merkwürdigerweise findet man unter dem Personal im Gebäude des Parlaments und der Regierung Toompea[51] erstaunlich viele Bedienstete aus kommunistischer Zeit. Das ist aber heute eine sozial niedrige Ebene, obwohl viele dieser Personen in der Sowjetzeit zu den höheren Funktionären des Regimes gehörten.

Die Bewältigung des kommunistischen Unrechts ist sehr weit gediehen, vor allem, weil der Kommunismus als "Fremdglaube" betrachtet wurde, da dem Esten das kollektivistische Denken fremd ist. Die ehemalige "estnische" KP, die umbenannt wurde, agiert heute verfassungsgemäß. Ihr Ergebnis bei den letzten Parlamentswahlen war mit 0,4% niedriger als ihre Mitgliederzahl (etwa 5.000, davon etwa 700 aktive Mitglieder) und für sie beschämend.

Bei der russischsprachigen Bevölkerung gibt es allerdings noch viele Anhänger des Kommunismus, insbesondere bei den Militärpensionären, die ihrer ehemaligen Eliteposition nachtrauern. Man könnte dies als "aktive Nostalgie" bezeichnen. Ansonsten sind die Parteien der Russen im estnischen Parlament mit sechs Abgeordneten vertreten, die alle estnische Staatsangehörige sind und fließend estnisch sprechen.

Die Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus begann bereits 1988 mit der Erklärung des "Verbandes der Kulturschaffenden" vom 2. April. Sie kann als abgeschlossen betrachtet werden. Angehörige der "Waldbrüder",[52] die bis etwa 1953 als Partisanen kämpften, erhalten, genauso wie ehemalige estnische Angehörige der Wehrmacht und auch der Waffen-SS, einen staatlichen Zuschuß zu ihrer Pension. In Estland sind einige Gedenkstätten für die Opfer des Kommunismus errichtet worden, die meisten von ihnen sind in russischen oder sibirischen Lagern umgekommen. Die Depolitisierung der Armee sowie der Polizei ist durchgeführt. Staatsbeamten sowie Polizisten ist eine Parteizugehörigkeit verboten.

---

49 So etwa der ehemalige Sekretär im Zentralkomitee der KPESSR, Tiit Made, als Abgeordneter der beiden Staatsversammlungen 1992 und 1995.

50 Insel Ösel.

51 Domberg.

52 Metsavennad.

Die juristische Aufarbeitung der kommunistische Vergangenheit ist wohl nirgendwo in einer ehemaligen Unionsrepublik so weit fortgeschritten wie in Estland. Dieser Prozeß begann lange vor der Loslösung von der UdSSR etwa mit dem Sprachengesetz,[53] das die estnische Sprache als Staatssprache einführte und damit die nationale Eigenart der eponymen Bevölkerung schützte. Am 8. Mai 1990 wurde das Gesetz über die Symbolik Estlands angenommen,[54] das eine kleine Verfassungsreform darstellte. Mit ihm wurde die Bezeichnung "ESSR" abgeschafft und der Staatsname "Republik Estland" eingeführt. Das Strafgesetzbuch wurde stark entideologisiert.[55] Bis zur Wahl der Staatsversammlung am 7. September 1992 erließ der Oberste Rat der Republik Estland immerhin 35 Gesetze.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung, die von einer Konstituante, bestehend aus je 30 Mitgliedern des Parlamentes und des estnischen Kongresses,[56] ausgearbeitet wurde,[57] begann die eigentliche Wiederentstehung Estlands als Rechtsstaat. Die Verfassung ist stark an die estnische Verfassung von 1938 angelehnt. Sie legt einen mit vielen Kompetenzen ausgestatteten Präsidenten fest,[58] enthält einen der EMRK nachempfundenen Menschenrechtsteil und gibt auch Nichtstaatsangehörigen das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Die ersten Gesetze betrafen die Arbeit der Staatsversammlung selber.[59]

Die vom Obersten Rat eingeleitete Gesetzgebungseuphorie wurde auch von der Staatsversammlung durch eine erweiterte Rechtsbereinigung bzw. eine Totalrevision, d.h. den Erlaß völlig neuer Gesetze, fortgesetzt.

Zur Rechtsbereinigung gehörten neben dem Strafgesetz auch das Verwaltungsstrafgesetz,[60] Staatsangehörigkeitsgesetz[61] usw. Weitaus wichtiger waren die (materiell) neuen Gesetze. Diese begannen mit dem Gesetz über die ausschließliche Wirtschaftszone[62] und die Territorialgewässer Estlands,[63] wurden fortgesetzt mit Gesetzen über die Privatisierung von Wohnraum,[64] über die Grundsteuer,[65] über den Wert und die Kompensation von rechtswidrig ent-

---

53 Vom 18.1.1989, ENSV Teataja 1989/4/60.
54 ENSV Teataja 1990/14/239.
55 Zur gesamten Rechtsentwicklung siehe im Detail: Henn-Jüri Uibopuu: Die Kompetenzen der estnischen Staatsversammlung nach der Verfassung 1992, Salzburg 1994, S. 27ff.
56 Siehe dazu ausführlich: Henn-Jüri Uibopuu: Die Verfassungs- und Rechtsentwicklung der baltischen Republiken 1989-1990, in: BIOst, 61, 1990, S. 9ff.
57 Riigi Teataja (i.d.F: RT 1992/26/349).
58 Dieser hat das Recht, Notverordnungen zu erlassen, welche allerdings die Mitunterschrift vom Parlamentspräsidenten und Regierungschef tragen müssen. Er kann Gesetze zur Neuberatung an die Staatsversammlung zurückschicken und nach deren Beharrungsbeschluß die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze vom Staatsgerichtshof prüfen lassen. Er hat das Recht, die Staatsversammlung aufzulösen, wenn diese innerhalb der ersten zwei Monate des Budgetjahres kein Budget beschließt, und kann nach einem mißglückten Mißtrauensantrag gegenüber der Regierung entweder die Regierung abberufen oder Neuwahlen zur Staatsversammlung ausschreiben.
59 Hausordnung vom 5.11.1992, RT 1992/46/584, und Arbeitsordnug vom 9.11.1992, RT1992/46/581.
60 RT 1992/29/396.
61 RT 1993/17/272.
62 RT 1993/7/105.
63 RT 1993/14/217.
64 RT 1993/23/411.
65 RT 1993/24/428.

eignetem Gut,[66] über die Wahlen zu den örtlichen Gebietskörperschaften,[67] die neue Zivilprozeßordnung,[68] Gesetz über den Wertpapiermarkt,[69] Ausländergesetz,[70] Privatisierungsgesetz,[71] Verwaltungsgerichtsverfahrenskodex,[72] Umsatzsteuergesetz,[73] Grundbuchgesetz[74] und das Gesetz über die Kulturautonomie der Minderheitsvölker.[75]

Das letztgenannte Gesetz schließt an die Tradition des estnischen Minderheitenschutzgesetzes von 1925[76] an. Es beschränkt zwar das aktive und passive Wahlrecht in die Organe der kulturellen Selbstverwaltung auf estnische Staatsangehörige, gibt aber allen in Estland wohnenden Ausländern das Recht, an der Tätigkeit der Kultur- und Bildungseinrichtungen teilzunehmen.

Es folgten in kurzen Abständen das Gesetz über die auswärtigen Beziehungen,[77] über die Einkommenssteuer, über den Verbraucherschutz,[78] über die Rückgabe und Kompensation des von Streitkräften der UdSSR beschlagnahmten Bodens,[79] das Gesundheitsschutzgesetz[80] und das Gesetz über das Grundbuch.[81] Alle diese Gesetze brachten Estland dem Rechtsstaat immer näher.

Auffallend ist vor allem auch die Annahme von Verordnungen durch die Regierung aufgrund von Gesetzen. Auch hier kann man beobachten, wie sehr Estland bemüht ist, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit zu beachten. So wurden etwa in Erfüllung des Verkehrsgesetzes[82] durch Regierungsverordnung Verkehrsvorschriften erlassen.[83] Aufgrund des Verbraucherschutzgesetzes[84] erging eine Regierungsverordnung über die Kennzeichnung von Bekleidung und anderer Textilprodukte.[85]

Grosso modo kann man die Gesetzgebung als durchaus modern und zweckmäßig bezeichnen. Die wichtigsten Kodifikationen sind mit dem Zivilrecht beendet, wo nur der Teil "Schuldrecht" fehlt.[86] Auch das Gesellschaftsrecht wurde 1995 kodifiziert,[87] wobei man sich

---

66 RT 1993/30/509.
67 RT 1993/29/505.
68 RT 1993/31-32/538.
69 RT 1993/35/543.
70 RT 1993/44/637.
71 RT 1993/45/639.
72 RT 1993/50/694.
73 RT 1993/60/847.
74 RT 1993/65/922.
75 RT 1993/71/1001.
76 RT 1925/31-32.
77 RT 1993/72-73/1020.
78 RT I 1994/2/13.
79 RT I 1994/3/16.
80 RT I 1994/10/133.
81 RT I 1993/14/243.
82 RT I 1993/12/193.
83 RT I 1995/52/842.
84 RT I 1994/2/13.
85 RT I 1995/63/1061.
86 Allgemeiner Teil RT I 1994/26-28/1511, Sachenrecht RT I 1993/39/590, Familienrecht RT I 1994/75/1326, Erbrecht RT I 1996/38/752.
87 RT I 1996/26-28/355 i.d.F. RT I 1996/52-54/511.

stark an das deutsche Aktienrecht gehalten hat. Nur die Strafrechtsreform steht noch aus. Zum Gesellschaftsrecht sei ein Kuriosum hinzugefügt: Estland war die erste Unionsrepublik, welche ein eigenes Aktiengesetz erließ,[88] in dem das Mindestkapital mit 300 Rubel festgelegt war.

Der gesamte Komplex der Menschenrechte ist durch die Ratifikation der EMRK im März 1996 durchaus zufriedenstellend gelöst, obwohl ein ausführlicher Vorbehalt zu Art. 6, der im Zusammenhang mit der Eigentumsreform angebracht wurde, eine Reihe von Bereichen von der Kontrolle der Strassburger Organe ausnimmt. Bis zur Änderung der Zivilprozeßordnung will Estland im Berufungsverfahren noch ohne mündliche Verhandlung auskommen. Wegen der durch die Sowjetmacht konfiszierten, requirierten, kollektivisierten oder auf andere Weise enteigneten Güter wird zum Art. 1 des Ersten Zusatzprotokolls ein umfangreicher Vorbehalt angebracht. Estland drückt in diesem aus, daß die Bestimmungen betreffs des Eigentumsschutzes für verschiedene estnische Gesetze[89] nicht gelten sollen.

Auch ist die bisherige Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes, der eine Verfassungsaufsichtskammer hat, im Sinne der baldigen Ratifikation der EMRK erfolgt. Der Staatsgerichtshof ist nicht nur zur konkreten, sondern auch zur abstrakten Normenkontrolle befugt,[90] wobei alle Gesetze und alle Rechtsakte der vollziehenden Staatsgewalt dieser Kontrolle unterliegen. Antragsberechtigt sind der Staatspräsident, der Justizkanzler und die Gerichte, wenn sie eine Entscheidung der Vollzugsgewalt für gesetzwidrig angesehen haben.

IV. Ausblick

Die Kenntnis der Bevölkerung vom verfehlten Weg des Kommunismus war bereits lange vor der Wiederherstellung der estnischen Eigenstaatlichkeit weit verbreitet. Eigentlich war die überwiegende Mehrheit der estnischen Bevölkerung in keinem Moment der kommunistischen Herrschaft vom Sieg des Kommunismus überzeugt, sondern hoffte, wenn auch meist im stillen, daß eines Tages der estnische Staat wieder entsteht. Daher gibt es hier keine Verdrängungserscheinungen, wie vielleicht sonst in der ehemaligen UdSSR. Im Gegenteil, vielen in der Bevölkerung erscheint die Zeit der kommunistischen Herrschaft, obwohl eigentlich erst vor kurzem überwunden, heute wie ein böser Traum, den man aus der Erinnerung zu verdrängen versucht.

Gedenkstätten für Opfer des kommunistischen Regimes gibt es vor allem auf dem Lande, insbesondere auf den Inseln, wo durch die völlige Abgeschlossenheit vom Festland die Bevölkerung besonders zu leiden hatte. Diese Inseln waren ja wegen ihrer strategischen Bedeutung zu Sperrzonen erklärt worden und nur für die dort Ansässigen zugänglich. Aber auch andernorts auf dem Lande trifft man solche Gedenkstätten, insbesondere dort, wo während der Liquidierung des Einzelbauerntums Massenvernichtungen stattgefunden haben.

---

88 ENSV Teataja 1989/17/573.

89 Landreformgesetz, Landwirtschaftsreformgesetz usw.

90 Über die Praxis des Staatsgerichtshofs siehe: Henn-Jüri Uibopuu: Die Kompetenzen der estnischen Regierung nach der Verfassung 1992, Salzburg 1996, S. 147ff.

Natürlich wird auch in Estland die Vergangenheit niemals völlig bewältigt werden können. Dafür war sie zu grausam, und dafür hat jede Familie ihren Blutzoll zahlen müssen. Aber bereits heute kann man sagen, daß das estnische Volk eher in die Zukunft blickt als zurück. Nur im Zusammenhang mit der immer noch latent vorhandenen Gefahr der Wiedereroberung der baltischen Staaten durch Rußland wird man sich der Vergangenheit bewußt. Die russischen Militärpensionäre und sonstige russische Chauvinisten sorgen dafür, daß diese Erinnerung wohl noch einige Jahrzehnte wach bleiben wird.

Andrejs Urdze

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Lettland

I. Lettland während der Zeit der Sowjetherrschaft

I.1 Schäden und Verluste der 50jährigen Okkupationszeit

Lettland wurde 1940 infolge des Molotow-Ribbentrop-Vertrages vom 23. August 1939 von der Sowjetunion okkupiert und annektiert. Diese Okkupation Lettlands wurde von den meisten demokratischen Staaten de jure niemals anerkannt. Um den heimischen Widerstand zu brechen, wurden in den 40er Jahren insgesamt rund 150.000 Menschen sowjetischen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt. Allein von den großen Massendeportationen der Jahre 1941, 1945 und 1949 waren über 60.000 Menschen betroffen. Rund 280.000 flüchteten bei Kriegsende vor der anrückenden Roten Armee, von denen rund die Hälfte die westlichen Zonen Deutschlands oder Schweden erreichte. Die gesamten Bevölkerungsverluste Lettlands zwischen 1939 und 1949 (einschließlich der über 60.000 deutschen Umsiedler und der Vernichtung von rund 70.000 in Lettland lebenden Juden während der deutschen Okkupation) werden auf etwa 500.000 Menschen oder rund ein Viertel der Bevölkerung Lettlands geschätzt.[1] Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sowjetischerseits eine Masseneinwanderung aus anderen Teilen der Sowjetunion gefördert, wodurch sich die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verschob. Der Anteil der lettischen Bevölkerung sank von rund 80% 1944 auf 52% 1989. Der größte Teil der nationalen Elite – die Intelligenz, die Geistlichkeit, die politische und wirtschaftliche Führung – wurde ausgelöscht oder floh in den Westen und wurde durch eine willfährige, den Interessen des Imperiums dienende Führungsschicht ersetzt. Das öffentliche Leben wurde russifiziert, gewachsene Strukturen in der Landwirtschaft zerstört, eine ökonomisch nicht zu begründende, der Anbindung an die Sowjetunion dienende Industrialisierung, verbunden mit großen ökologischen Schäden, vorangetrieben, Ethik und Moral grundlegend verändert, ein "Homo sovieticus" geschaffen und Lettland insgesamt zu einem integralen Bestandteil der Sowjetunion gemacht.

I.2 Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Lettlands bis zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit

Die Führung der Kommunistischen Partei Lettlands rekrutierte sich zu Beginn der Sowjetzeit 1940 und auch nach 1944 in erster Linie aus Rußlandletten, die die Zwischenkriegszeit in der Sowjetunion verbracht und die stalinistischen Säuberungen überlebt hatten, sowie aus eingewanderten Russen. Beide Gruppen hatten stets eher die Interessen der Sowjetmacht als die Interessen der Republik Lettland im Auge. Es ist mehr als symptomatisch, daß bis 1984 die Position des Ersten Sekretärs des ZK der KP Lettlands immer von Rußlandletten

[1] Siehe dazu u.a. Egils Levits: Lettland unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit, in: Boris Meissner (Hrsg.): Die Baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen. Köln 1991.

eingenommen wurde und daß als Zweiter Sekretär fast immer ein Russe tätig war. Lediglich nach Stalins Tod gab es von 1953 bis 1959 eine Periode, in der die Interessen der Republik größere Berücksichtigung fanden und sich einige führende Kräfte auch innerhalb der KP gegen die forcierte Industrialisierung und Russifizierung Lettlands wandten. Nach dem VII. Plenum des ZK der KP Lettlands 1959 wurden viele dieser sogenannten Nationalkommunisten, wie der Zweite Sekretär des ZK der KP Lettlands, V. Krūmiņš, oder der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, E. Berklavs, ihrer Ämter enthoben. Die Zeit von 1960 bis 1984 war eine Zeit der Stagnation, in der die Politik der KP darauf ausgerichtet war, die Anbindung an die Sowjet-union noch weiter zu festigen. Die beiden Ersten Sekretäre der KPL dieser Zeit, Arvīds Pelše und Augusts Voss, übertrafen sich gegenseitig mit immer wieder vorgetragenen Ergebenheitsadressen an die sowjetische Führung. Eine innerparteiliche Opposition war kaum möglich. Ein Wandel innerhalb der KPL setzte erst mit der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär des ZK der KPdSU 1985 ein. Ab 1987 war auch in Lettland "Glasnost" gefragt. Selbst der seit 1984 als Erster Sekretär des ZK der KPL tätige Boris Pugo, der zuvor KGB-Chef Lettlands gewesen war und 1991 als Innenminister der UdSSR am Putsch gegen Gorbatschow beteiligt war, trug 1987/88 etwas zu dieser neuen Offenheit bei.

Spätestens mit der Gründung der Volksfront Lettlands im Herbst 1988 setzte ein Spaltungsprozeß innerhalb der KPL ein. Vieles spricht dafür, daß die Gründung der Volksfront anfänglich vom KGB und der Führung der KPdSU befürwortet, wenn nicht gar initiiert worden war, um so Einfluß auf die neue Volksbewegung zu bekommen, doch diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Die Volksfront Lettlands entwickelte in kürzester Zeit eine große Eigendynamik und entzog sich damit der Kontrolle der KPL. Unabhängig von der Parteizugehörigkeit oder Nationalität schlossen sich der Volksfront Lettlands all die Kräfte an, die den geforderten gesellschaftlichen Wandel ernst nahmen, die für Demokratisierung und größere Souveränität Lettlands eintraten. Die orthodoxen Kräfte der KPL hielten am Machtmonopol der KP und an der Anbindung Lettlands an die Sowjetunion fest. Infolgedessen kam es am 6. April 1990, einen Monat vor der Deklaration über die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit, zur formellen Spaltung der KPL. Die orthodoxe Mehrheit unter dem neuen Ersten Sekretär der KPL, Alfreds Rubiks, versuchte mit allen legalen und illegalen Mitteln, die neuen demokratisch gewählten Strukturen zu bekämpfen und die Loslösung von der Sowjetunion rückgängig zu machen. Rubiks und andere führende Mitglieder der KPL gründeten zunächst als Reaktion auf die Volksfront die "Internationale Front der Werktätigen der SSR Lettland", die sogenannte Interfront, und 1990 das "Komitee zur Rettung der Gesellschaft Lettlands", das im Januar 1991 treibende Kraft eines Umsturzversuches in Lettland war. Die reformorientierte Minderheit der KPL gründete am 14. April 1990 die Unabhängige Kommunistische Partei Lettlands. Von den rund 180.000 Mitgliedern der KPL Anfang 1990 blieben nach der Trennung rund 140.000, mehrheitlich Russen, in der moskautreuen KP, davon etwa 24.000 aktive Militärs und fast alle der rund 60.000 in Lettland lebenden ehemaligen Offiziere der sowjetischen Armee. Die Unabhängige KPL umfaßte zunächst rund 32.000 Mitglieder.

I.3 Formen des Widerstands während der Sowjetzeit

Trotz der ständig drohenden Repressionen gab es während der gesamten Sowjetzeit vielfältige Formen des Widerstands. Bis in die 50er Jahre hinein leisteten Partisanen bewaffneten Widerstand. Dieser Widerstand wurde intensiv vom englischen und amerikanischen Geheimdienst zur Beschaffung von Informationen über die Sowjetunion genutzt, und umgekehrt gebrauchte auch der russische Geheimdienst diesen Kanal zur Gegenspionage. Nach offiziellen Angaben wurden in der Zeit von 1944 bis 1953 2.422 Partisanen getötet, 7.342 verhaftet und 10.268 ergaben sich.[2] Obwohl ihnen Straffreiheit zugesagt worden war, wurden letztere in den nachfolgenden Jahren zum größten Teil samt Familien deportiert.

Ab Mitte der 50er Jahre entwickelten sich verschiedene Formen des gewaltlosen Widerstands. Jedes Jahr wurden mehrere "antisowjetische Aktionsgruppen" aufgedeckt und liquidiert bzw. deren Mitglieder Repressionen ausgesetzt. In den 60er und 70er Jahren traten Einzelpersonen in Erscheinung, wie z.B. Jānis Jahimovičs, der u.a. gegen den Einmarsch der Sowjetarmee in die Tschechoslowakei protestierte und sich für einen demokratischen Sozialismus einsetzte. Dies war aber eher die Ausnahme. Die meisten Oppositionellen in Lettland traten vor allem gegen die Unterdrückung nationaler Interessen auf. In diesem Zusammenhang sind zu nennen Gunārs Rode und Viktors Kalniņš, die sich darum bemühten, eine Baltische Föderation aufzubauen. Beide wurden 1962 zu je 15 Jahren Haft verurteilt. In den 70er Jahren entstanden immer wieder kleinere Oppositionsgruppen wie die Lettische Unabhängigkeitsbewegung. Auch die Sozialdemokratische Partei war in dieser Zeit aktiv. Der bekannteste Dissident der 80er Jahre ist der Publizist Gunārs Astra, der wiederholt inhaftiert war und dessen abschließende Rede vor seiner letzten Verurteilung am 15. Dezember 1983 gegen die Russifizierung Lettlands und die Fälschungen der Geschichtsschreibung programmatischen Charakter hatte und als ein Manifest der lettischen Opposition anzusehen ist.[3]

Die breite Bevölkerung schöpfte in den Jahren zwischen 1960 und 1988 vor allem Hoffnung aus dem Wirken einzelner mutiger Personen aus den Reihen der kulturellen Intelligenz. Dichter und Schriftsteller, wie z.B. Ojārs Vācietis oder Vizma Belševica, wirkten als eine Art Gewissen der Nation. Sie brachten in ihren Werken das zum Ausdruck, was den Menschen im Alltag auszusprechen verwehrt blieb. Und dies zunächst vor allem in Form von Gedichten, in einer Sprache, die die drängenden Probleme zwar aussprach, jedoch unterschiedliche Interpreta-tionsmöglichkeiten zuließ. In den 70er und verstärkt in den 80er Jahren entwickelte sich in Lettland eine neue Publizistik, in der bekannte Dichter und Schriftsteller, wie z.B. Imants Ziedonis, Pauls Putniņš, Andrejs Dripe, Marina Kosteņecka, Fragen und Probleme des gesellschaftlichen Lebens, wie etwa ökologische Probleme, Mißstände der kulturellen Entwicklung, Probleme der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens, die Situation von Frauen

---

[2] Bericht des Innenministeriums der SSR Lettland vom 6.10.1953 "Über den Kampf des Innenministeriums der SSR Lettland mit der nationalistischen Untergrundbewegung und deren bewaffneten Banden in der Zeit von 1944 bis Oktober 1953".

[3] Latvian Dissent. Case Histories of the 1983 Soviet Campaign to Silence Political Dissidents in Latvia, Rockville/Maryland 1983, S. 8ff.

sowie Probleme von Kindern und Jugendlichen behandelten. Diese Publikationen führten in einer Zeit, als "Glasnost" auch in Rußland noch ein Fremdwort war, in Lettland zu offenen und teilweise auch kontroversen Diskussionen.[4] Charakteristisch für Lettland ist auch, daß all diese Themen nicht im Rahmen einer Dissidenten- oder Untergrundliteratur angesprochen wurden, sondern daß die Schriftsteller und Dichter stets versuchten, über legale Kanäle an die Öffentlichkeit zu gelangen, und dabei auch mit einem gewissen Rückhalt im Schriftstellerverband rechnen konnten.[5]

Einen wichtigen Schritt im Demokratisierungsprozeß Lettlands bildete der Kongreß des Schriftstellerverbandes am 3. und 4. April 1986,[6] auf dem die Probleme der Entfaltung der lettischen Sprache zum zentralen Thema gemacht wurden, wie auch zwei Jahre später, am 1. und 2. April 1988, das Plenum des Schriftstellerverbandes,[7] unter Beteiligung von Vertretern aller Verbände der Kulturschaffenden, auf dem die Fälschungen der Geschichtsschreibung, die ökologische und ökonomische Misere, die Vernachlässigung nationaler Interessen u.a.m. zur Sprache kamen. All dies wurde in einer ausführlichen Resolution zusammengefaßt und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Resolution bildete zugleich die programmatische Grundlage der Ende 1988 gegründeten Volksfront.

Ab 1987 entstand gleichzeitig eine breite Protestbewegung. Ausgangspunkt waren die Aktivitäten der hauptsächlich aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Gruppe "Helsinki 86". Diese Gruppe organisierte am 14. Juni 1987, zum Gedenken an die ersten sowjetischen Massendeportationen vom 14. Juni 1941, die erste größere Demonstration am Freiheitsdenkmal in Riga. Diese Demonstration hatte Signalcharakter und ermutigte immer mehr Menschen, ihre Forderungen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. 1987 begann auch in der Evangelisch-Lutherischen Kirche Lettlands eine geistige Erneuerung. 1988 organisierte vor allem der Umweltschutzklub "VAK" Demonstrationen, bei denen es nicht nur um den Schutz von Umwelt, Natur und Gesundheit, sondern auch um den Erhalt von Kultur und Sprache und die Entfaltung nationaler Interessen ging. An diesen Demonstrationen beteiligten sich bereits bis zu 30.000 Menschen.[8]

Ende 1988 schlossen sich alle demokratisch gesinnten Kräfte Lettlands unabhängig von ihrer Herkunft, Nationalität oder Parteizugehörigkeit zur Volksfront Lettlands zusammen. Die Volksfront wurde zur wichtigsten Kraft auf dem Weg zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Wiedergewinnung der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands. Daneben sind die "Nationale Unabhängigkeitsbewegung" (LNNK) und die "Bürgerbewegung" der ehemaligen Bürger der Republik Lettlands und ihrer Nachkommen zu nennen, die zwar keinen so großen

---

4 Vgl. A. Urdze: Von der Dichtung zur Wahrheit, in: baltisches jahrbuch 1996, S. 206-218.

5 Anschauliche Beispiele der Kooperation von KP-Mitgliedern und Funktionären des Schriftstellerverbandes mit in Opposition stehenden Schriftstellern bietet der Konferenzbericht der 11. Rigaer Gespräche des Goethe Instituts Riga zum Thema – Vergangenheitsaufarbeitung: Dziva pagātne. Latvijas nesenās pagātnes izvērtē šana. Pārskats par Heinriha Bella fonda (Ķelne, VFR). Baltiešu Kristigo Studentu Apvienibas (Bonna, VFR), Gētes institūta Rigā organizētajām 11. Rigas sarunām. 17.5.-19.5.1996. Riga 1997.

6 Vgl. A. Urdze, Von der Dichtung zur Wahrheit, in: baltisches jahrbuch 1996, S. 206-218.

7 Siehe: baltisches jahrbuch 1988, S. 39-77.

8 A. Urdze: Eine gemeinsame Front, in: baltisches jahrbuch 1988, S. 24-38.

Zuspruch wie die Volksfront hatten, häufig jedoch eine Vorreiterrolle im Prozeß der Unabhängigkeitsbewegung übernahmen.[9]

Während der gesamten Sowjetzeit gab es Widerstand gegen das Sowjetregime, sei es von einzelnen Personen oder auch von kleineren Gruppen, doch wäre es falsch, die gesamte Bevölkerung Lettlands oder auch nur den größten Teil damit in Verbindung zu bringen. Breiten, aktiven Widerstand gab es in Lettland bis Ende der 40er Jahre und dann wieder ab Mitte der 80er Jahre. Dazwischen lag eine lange Zeit der Anpassung. In den 50er, 60er, 70er und Anfang der 80er Jahre waren die meisten in Lettland lebenden Menschen in der einen oder anderen Form aktiv oder passiv an der Aufrechterhaltung des Sowjetsystems beteiligt. Die Formen der Anpassung reichten von direktem Kollaborationismus über einen weite Kreise bestimmenden Konformismus und/oder einen Rückzug in den privaten Bereich bis hin zu einem Abgleiten in asoziale Lebensformen (Alkoholismus, Kriminalität). Diese fast 50jährige Sowjetherrschaft hat tiefe Spuren im Denken der davon betroffenen Menschen hinterlassen. In diesem Zusammenhang kann man von einem geistigen Trümmerfeld sprechen, das vielleicht schwerer zu beseitigen ist als alles andere. Gleichzeitig ist festzustellen, daß trotz aller Versuche, die Menschen von ihren geistigen Wurzeln zu entfremden, es niemals gelang, der lettischen Bevölkerung ihre nationale Identität zu nehmen.

II. Lettland nach der Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit

II.1 Die politische Entwicklung

Im Frühjahr 1990 fanden in Lettland die ersten demokratischen Parlamentswahlen statt, bei denen alle Einwohner Lettlands unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer, einschließlich der in Lettland stationierten Einheiten der sowjetischen Armee, wählen durften. Dennoch erlangten die Kandidaten der Volksfront, die für ein unabhängiges Lettland eintraten, eine breite Mehrheit. Am 4. Mai 1990 verkündete der Oberste Rat der Republik Lettland die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit, die jedoch von der sowjetischen Führung nicht anerkannt wurde. Infolgedessen bestand in Lettland 1990/91 eine Doppelherrschaft. Die Regierung und die Mehrheit des Obersten Rats nahmen die Interessen der Republik Lettland wahr, und die Moskauer Staats- und Parteiführung versuchte mittels der orthodoxen Kräfte der KPL, der Armee und der militärischen Einheiten des Innenministeriums, den sowjetischen Machtanspruch aufrechtzuerhalten. Erst nach dem Putsch vom August 1991 konnte Lettland, ebenso wie Litauen und Estland, auch real die Unabhängigkeit herstellen.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit löste sich die Einheit der Volksfront auf, und es entstand zunächst eine Vielzahl politischer Gruppierungen. Radikale und populistische Parolen ohne ein erkennbares, umfassendes politisches Konzept beherrschten die politische Szene. Erst angesichts der heranrückenden Wahlen begann ein Prozeß der Konsolidierung der

---

[9] Zur Entwicklung und zu den Zielen verschiedener Gruppen der demokratischen Bewegung und der Unabhängigkeitsbewegung im Baltikum siehe u.a.: baltisches jahrbuch 1987, 1988, 1989; E. Levits, a.a.O.

politischen Mitte und die Diskussionen verlagerten sich allmählich von einer persönlichen auf eine programmatische Ebene.

Aus den ersten Wahlen in der erneuerten Republik Lettland ging 1993 das national-liberale Wahlbündnis "Lettlands Weg" als deutlicher Sieger hervor. Gemeinsam mit dem konservativen "Bauernbund" bildete "Lettlands Weg" zunächst auch die Regierung. In der Opposition blieben einerseits die eher rechts stehenden Kräfte – die "Christlich-Demokratische Union Lettlands", die national-konservative "Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands" und das radikale lettisch-nationale Wahlbündnis "Vaterland und Freiheit" – und andererseits die eher links stehenden Parteien – die "Demokratische Zentrumspartei" und das Bündnis "Eintracht für Lettland", die in ihren Reihen viele bedeutende Persönlichkeiten der Volksfront der ersten Stunde vereinigten, und schließlich das in erster Linie von moskautreuen Kommunisten gebildete Wahlbündnis "Gleichberechtigung".

Schon unmittelbar nach der Unabhängigkeit verflog die Euphorie der Übergangszeit, Ernüchterung setzte ein und schließlich machten sich Unmut und Unzufriedenheit breit. Dies änderte sich auch nicht nach der Wahl von 1993. Fast zwei Drittel der Einwohner Lettlands hatten nach der Erlangung der Unabhängigkeit materielle Einbußen zu erleiden. Der Anstieg der Durchschnittslöhne lag unter der Inflationsrate, was zu Reallohneinbußen führte. Hinzu kam, daß auch die Ersparnisse von der Inflation aufgefressen wurden. Von der materiellen Not besonders betroffen waren Pensionäre, Familien mit Kindern und die ländliche Bevölkerung. Gleichzeitig entstand eine kleine Schicht, die relativ großen Reichtum erlangen konnte. Die Verschärfung der sozialen Gegensätze nahm deutlich zu. Anwachsende Kriminalität, Vetternwirtschaft und Korruption waren allgegenwärtig. Objektive wirtschaftliche Faktoren der Unzufriedenheit waren gekoppelt mit subjektiven Faktoren, mit einem Gefühl der Unsicherheit, mit dem Fehlen von Eigeninitiative sowie eines Rechts- und Verantwortungsbewußtseins. Der Staat sollte es richten. Doch von den Repräsentanten des Staates, vom Parlament und von der Regierung waren die meisten Einwohner Lettlands enttäuscht, um so mehr als viele der teilweise utopischen Wahlversprechungen, daß sich z.B. die Einkommen innerhalb eines Jahres verdoppeln würden, nicht erfüllt wurden. Das Empfinden griff um sich, daß die Politiker in erster Linie an sich selbst und nicht an die Belange der Bevölkerung dachten. All dies zusammen förderte Tendenzen, die Vergangenheit in einem positiveren Licht erscheinen zu lassen.

Die Parlamentswahlen von 1995 sind als Protestwahlen zu bewerten. Verlierer dieser Wahl war die bisherige Regierungspartei "Lettlands Weg", die mehr als die Hälfte der Wähler verlor, aber auch die anderen, eher gemäßigten Kräfte wie der "Bauernbund", der mit den Christdemokraten ein Wahlbündnis eingegangen war, oder auch die "Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands" verloren an Stimmen. Wahlgewinner waren auf der einen Seite die radikal-nationalen Kräfte des Bündnisses "Vaterland und Freiheit" und die neu gegründete, mit populistischen Losungen operierende Partei "Für Lettland". Vorsitzender dieser Partei ist der in Deutschland wegen Volksverhetzung verurteilte deutsche Politiker Joachim Siegerist, der sich in Lettland als Verfechter der Interessen der sozial Schwachen und

Benachteiligten darbot und geschickt die in der Bevölkerung vorhandenen negativen Emotionen für sich auszunutzen verstand. Auf der anderen Seite waren die Gewinner dieser Wahl Parteien, in deren Reihen sich viele ehemalige Kommunisten wiederfanden, die jedoch programmatisch deutlich von den Zielen der KP abgerückt waren. Die relativ meisten (18) Sitze im Parlament errang die "Demokratische Partei Hauswirt" unter Führung des ehemaligen Komsomolfunktionärs und späteren ersten Innenministers Lettlands, Ziedonis Čevers. Die allgemeine Unzufriedenheit, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, erklärt, warum auch die "Einheitspartei" des ehemaligen erfolgreichen Kolchosvorsitzenden und späteren Gorbatschow-Beraters, Alberts Kauls, auf Anhieb den Sprung über die 5%-Hürde schaffte. A. Kauls hatte sich noch Anfang 1991 offen gegen die legal gewählte Regierung gestellt und war Mitunterzeichner einer an die sowjetische Führung gerichteten Bitte, eine Präsidialherrschaft in Lettland einzuführen. Daneben sind im Parlament vertreten die Partei "Eintracht für Lettland" unter der Leitung des ehemaligen Außenministers Jānis Jurkāns, die sich vor allem für die Belange der nationalen Minderheiten einsetzt und um ein ausgewogenes Verhältnis zu Rußland und zur EU bemüht ist, sowie die aus der moskautreuen KPL hervorgegangene Partei "Gleichberechtigung".

Aufgrund dieser sehr diffusen Parteienlandschaft begann nach den Wahlen ein langer Prozeß der Regierungsbildung, der schließlich mit einer sehr breiten Koalition, bestehend aus dem nationalen Block, dem "Weg Lettlands", der "Demokratischen Partei Hauswirt" sowie der "Einheitspartei" unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Andris Šķēle, abgeschlossen werden konnte. Auf den ersten Blick erscheint dies als eine höchst widersprüchliche Koalition, da in ihr sowohl ehemalige Reformkommunisten und selbst moskautreue Kommunisten als auch radikal-nationale, antikommunistische Kräfte vereint sind. Gemeinsam ist ihnen das Interesse, an der Macht zu partizipieren. Die Stabilität dieser Koalition beruht darauf, daß sie sich auf eine Mehrheit von 70 der 100 Abgeordneten stützen kann und daß keine Partei in der Lage ist, die anderen unter Druck zu setzen, da beim Ausscheren einer Partei noch immer eine Mehrheit im Parlament bleiben würde. Daß es im Sommer 1997 schließlich doch zu einer Regierungskrise kam, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß zwischen dem parteilosen Ministerpräsidenten und den Koalitionsparteien sich ein Graben auftat, insbesondere nach der sogenannten Korruptionsaffäre, bei der A. Šķēle, ohne Ansehen der Person, den Rücktritt der betroffenen Minister verlangte. Er ging sogar noch einen Schritt weiter und brachte das zum Ausdruck, was weite Kreise der Bevölkerung dachten, nämlich, daß sich die Parteien zunehmend von der Bevölkerung entfremdet hätten, daß sie mehr an das Wohl ihrer Mitglieder und Funktionäre dächten und den Staat als eine Art Selbstbedienungsladen ansehen würden statt sich um das Wohlergehen und die Belange der Bevölkerung zu kümmern.[10] Dieser Vertrauensbruch zwischen dem Ministerpräsidenten und den Koalitionsparteien führte schließlich zum Rücktritt von A. Šķēle und der Bildung einer neuen Regierung unter dem ehemaligen Wirtschaftsminister Guntars Krasts von der Partei "Vaterland und Freiheit", einer Koalitionsregierung auf bisheriger Grundlage mit einem kaum veränderten Ministerkabinett.

---

10 "Diena", 18.6.1997.

Im fünften Jahr nach der Unabhängigkeit kann noch nicht von einer gefestigten Demokratie in Lettland gesprochen werden. Die Skepsis gegenüber politischen Parteien hat eher zu- als abgenommen. Die Zahl der Parteimitglieder ist relativ gering. Insgesamt sind nur 6.000 Menschen oder 0,4% der Staatsbürger Lettlands Mitglied einer Partei. Die Parteienlandschaft ist noch immer diffus. In den meisten Parteien gibt es Gruppierungen mit unterschiedlichen politischen Auffassungen, die entweder durch eine oder einige herausragende Persönlichkeiten, durch das gemeinsame Machtstreben oder auch durch ein oder zwei Punkte eines Parteiprogramms zusammengehalten werden. Es gibt nur wenige Ansätze für moderne Parteien, die sich auf ein breites, viele Fragen umfassendes Programm stützen könnten. Nach wie vor brechen Parteien auseinander, andere schließen sich zusammen, und immer wieder entstehen neue Parteien. Trotz aller Unterschiede haben doch fast alle Parteien einige gemeinsame Grundpositionen: eine Westorientierung mit dem Ziel einer möglichst schnellen Anbindung an die Europäische Union und die Realisierung marktwirtschaftlicher Prinzipien. Eine Rückkehr zum Sozialismus sowjetischer Prägung und eine Anbindung an die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wird von allen im Parlament vertretenen Parteien abgelehnt.

II.2 Die Entwicklung der KP Lettlands und ihrer Nachfolgeorganisationen

Unmittelbar nach der realen Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands wurde am 23. August 1991 die Arbeit der KPL für gesetzwidrig erklärt und verboten.[11] Das Eigentum der KPL (das Gebäude des ZK, das Pressehaus, das gesellschaftspolitische Zentrum, das Archiv, die Gebäude der örtlichen KPStrukturen) wurde nationalisiert und dem Ministerrat übergeben. Die politische Betätigung von ehemaligen Kommunisten wurde hingegen nicht verboten. Dies ermöglichte es ehemaligen Mitgliedern der KP, neue Parteien zu gründen oder aber in bestehenden Parteien aktiv mitzuarbeiten. Doch die Basis der orthodoxen Kommunisten schrumpfte immer mehr zusammen. Teilweise war dies bedingt durch den Abzug der sowjetischen bzw. russischen Armee sowie durch die Auswanderung führender ehemaliger Mitglieder. Darüber hinaus wirkte sich das Wahlgesetz, das vor den Parlamentswahlen des Jahres 1993 angenommen worden war und nur den ehemaligen Staatsbürgern der Republik Lettland und deren Nachkommen das aktive und passive Wahlrecht gewährte, für die Kommunisten negativ aus: Die große Mehrheit der ehemaligen Mitglieder der moskautreuen KPL hatte bei den Wahlen 1993 und 1995, da sie keine Staatsbürger Lettlands waren, keine Möglichkeit, zu wählen oder gewählt zu werden. Dennoch gelang es der Partei "Gleichberechtigung" bei den Wahlen 1993, 7 von 100 Sitzen im Parlament zu erringen. 1994 ging daraus die "Sozialistische Partei Lettlands" (LSP) hervor, die bei den Parlamentswahlen 1995 5,6% der Stimmen bzw. 5 Sitze im Parlament errang.

Die Angehörigen des Reformflügels der ehemaligen KPL gründeten am 14. April 1990 zunächst die "Unabhängige Kommunistische Partei Lettlands", die im September 1990 in

---

[11] Gesetz "Über die verfassungswidrige Tätigkeit der Kommunistischen Partei Lettlands in der Republik Lettland" vom 23.8.1991.

"Lettlands Demokratische Partei der Arbeit" (LDDP) umbenannt wurde. Zum Vorsitzenden wurde der als ehemaliger KGB-Mitarbeiter bekannte Jurist Juris Bojārs gewählt, der nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit in erster Linie für die nationalen Belange der Letten eintrat. Das Parteiprogramm der LDDP nannte als Hauptziel die Schaffung einer "demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft in einem freien, unabhängigen, auf rechtsstaatlichen Prinzipien aufgebauten Lettland".[12] Trotzdem verlor die LDDP nach 1990 an Bedeutung. Ihre Mitgliederzahl schrumpfte von etwa 20.000 zum Zeitpunkt ihrer Gründung im Herbst 1990 auf rund 2.000 im Jahre 1993, womit sie damals noch immer die mitgliederstärkste Partei war. Bei den Parlamentswahlen 1993 bekam die LDDP nur 1% der Wählerstimmen. In den Folgejahren bemühte sich die LDDP um eine Annäherung an die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands" (LSDSP), die als älteste Partei Lettlands auf eine lange Tradition zurückblicken konnte, aber gleichzeitig, nicht zuletzt aufgrund vielfältiger innerparteilicher Querelen, keinen Rückhalt in der Bevölkerung gefunden hatte. Ein gewisser Umschwung zeichnete sich bei den Parlamentswahlen 1995 ab, als das linke Bündnis der LDDP, LSDSP, der "Vereinigung der Minderbemittelten" und der Gewerkschaften Lettlands mit 4,6% der Stimmen nur knapp an der neuen 5%-Klausel scheiterte. Bei den Kommunalwahlen im März 1997 errang die Koalition von LDDP und LSDSP mit einem nationalen-sozialistisch-populistischen Programm ihren ersten großen Sieg, indem sie in Riga mit über 18% der Stimmen und auch landesweit relativ die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte und z.B. in Daugavpils, der zweitgrößten Stadt Lettlands über 80% der Stimmen erhielt. Auch die Umfragen des Jahres 1997 zeigen die Partei von Juris Bojārs stets an erster oder zweiter Position. Dies deutet nicht auf einen grundlegenden Meinungswandel hin, sondern zeigt eher, daß es Bojārs und seiner Partei, ähnlich wie Siegerist 1995, gelungen ist, die allgemeine Unzufriedenheit über die Regierungsparteien durch populistische Parolen für sich zu nutzen.

Auch wenn die unmittelbaren Nachfolgeparteien der KPL in den letzten fünf Jahren keine große Bedeutung hatten, so heißt dies nicht, daß die ehemaligen Kommunisten keinen Einfluß auf die Politik gehabt hätten. Ganz im Gegenteil – die politische Entwicklung Lettlands ist wesentlich von ehemaligen Mitgliedern der KPL getragen und geprägt worden. Im ersten demokratisch gewählten Parlament der Republik Lettland (1990-1993) bestand nicht nur die moskautreue Fraktion "Gleichberechtigung" vorwiegend aus KP-Mitgliedern, auch mehr als die Hälfte der Abgeordneten der Volksfront und die Mehrheit der Regierungsmitglieder waren ehemalige Mitglieder der KPL. Nach dem Auseinanderfallen der Volksfront schlossen sich die meisten von ihnen nicht den Nachfolgeparteien der KPL an, sondern waren als führende Mitglieder in verschiedensten anderen Parteien zu finden und haben so bis heute immer wieder wichtige Positionen einnehmen können.

Ein herausragendes Beispiel dafür ist Anatolijs Gorbunovs, der von 1985 bis 1988 Ideologiesekretär des ZK der KPL war. 1988 wurde er Vorsitzender des damals noch von der KP gelenkten Obersten Rats der Republik Lettland. Aufgrund seiner stets besonnenen Haltung, seiner unterschiedliche Positionen abwägenden und Konflikte vermeidenden Politik

[12] Programm der LDDP, angenommen auf dem V. Kongreß der LDDP am 12.3.1994, S. 32.

erschien er gerade in der Zeit des Umbruchs als ein Faktor der Stabilität und erlangte als solcher große Popularität, so daß er auch nach den ersten freien Wahlen 1990 erneut zum Vorsitzenden des Obersten Rats gewählt wurde. Auch nach der realen Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands blieb Gorbunovs der populärste Politiker Lettlands. Diese Tatsache führte dazu, daß er vor den Parlamentswahlen des Jahres 1993 von vielen politischen Parteien und Organisationen umworben wurde. Er schloß sich schließlich der Partei "Lettlands Weg" an. Nicht zuletzt durch den Beitritt Gorbunovs konnte "Lettlands Weg" bei den Wahlen 1993 mit Abstand die meisten Stimmen auf sich vereinigen, und Gorbunovs wurde wieder zum Parlamentsvorsitzenden gewählt. 1996 wurde Anatolijs Gorbunovs Minister für Umwelt und regionale Entwicklung, und er behielt dieses Amt auch in der neugebildeten Regierung Krasts. Auch alle Umfrageergebnisse der letzten Jahre zeigen, daß Gorbunovs nach wie vor einer der populärsten Politiker Lettlands ist und dies gleichermaßen bei Letten und Russen.

Ehemalige Mitglieder der KPL sind in allen im Parlament vertretenen Parteien zu finden, am häufigsten in den eher links stehenden Parteien: in der "Sozialistischen Partei", in der "Einheitspartei" und in der "Demokratischen Partei Hauswirt", in der regelrechte alte Seilschaften zu erkennen sind. Doch auch die Parteien der Mitte wie "Lettlands Weg" wurden und werden stark von ehemaligen KP-Mitgliedern geprägt, und selbst in den Reihen der rechten nationalen Parteien wie der "Nationalen Unabhängigkeitsbewegung" oder der Partei "Vaterland und Freiheit" sind ehemalige KP-Mitglieder zu finden.

III. Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit*

III.1 Juristische Vergangenheitsaufarbeitung

Unmittelbar nach der realen Wiedergewinnung der Unabhängigkeit wurde am 23. August 1991 durch einen Beschluß des Obersten Rats der Republik Lettland die Arbeit der KPL für gesetzwidrig erklärt und verboten, das Eigentum der KPL (das Gebäude des Zentralkomitees, das Pressehaus, das Kongreßgebäude, das Archiv, die Gebäude der örtlichen Struktureinheiten der KP u.a.m.) nationalisiert und dem Ministerrat zur Entscheidung über die weitere Verwendung übergeben. Gleichzeitig wurde auch der Staatsanwaltschaft Lettlands der Auftrag erteilt, Kriminalverfahren gegen Personen einzuleiten, die sich an Umsturzversuchen gegen die legal gewählte Regierung Lettlands beteiligt hatten. Unmittelbar darauf wurde der Erste Sekretär der KP Lettlands, Alfreds Rubiks, verhaftet, aber erst am 1. Juli 1995 nach § 59 des Kriminalkodex Lettlands wegen einer "Tätigkeit, die auf einen Sturz der Staatsmacht gerichtet war", zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Da jedoch die politische Betätigung von ehemaligen KP-Mitgliedern nicht verboten und A. Rubiks noch nicht rechtskräftig verurteilt war, entstand die paradoxe Situation, daß er 1993 als Kandidat der Partei "Gleichberechtigung" ins Parlament gewählt werden und noch 1994 als Präsidentschaftskandidat auftreten konnte.

* Das dritte Kapitel beruht weitgehend auf Angaben des Leiters des "Zentrums für die Dokumentation der Folgen des Totalitarismus" in Riga, Indulis Zâlîte, dem ich zu besonderem Dank verpflichtet bin.

Am 23. August 1991 wurde gleichfalls durch einen Beschluß des Obersten Rats[13] das Staatssicherheitskomitee der SSR Lettland liquidiert und jegliche Zusammenarbeit mit den Staatssicherheitsbehörden der UdSSR nach diesem Zeitpunkt als gegen die Interessen der Republik Lettland gerichtet deklariert und als Hochverrat qualifiziert. In der Folgezeit wurden mehrere Gesetze[14] verabschiedet, die die politische Betätigung von ehemaligen Mitarbeitern des KGB in Lettland einschränken. Ehemalige KGB-Mitarbeiter dürfen, sofern dies gerichtlich festgestellt ist, auch nicht als Beamte, in der Staatsanwaltschaft oder als Richter tätig werden,[15] und sie haben kein Recht auf Erhalt der Staatsbürgerschaft Lettlands.[16] Die Zahl der informellen Mitarbeiter des KGB in Lettland betrug Ende der 80er Jahre rund 25.000 Personen. Das entsprach ca. einem Prozent der Bevölkerung. Aufgrund der unvollständigen Datenlage gibt es allerdings bisher nicht einen einzigen Fall, in dem eine KGB-Mitarbeit gerichtlich nachgewiesen worden wäre. Aufgrund dessen ist auch die Regelanfrage bei Beamtenanwärtern mittlerweile wieder fallengelassen worden.

1993 wurde bei der Staatsanwaltschaft Lettlands eine Abteilung zur Untersuchung der Verbrechen der nationalsozialistischen und der sowjetischen Okkupationszeit gebildet.[17] Am 15. März 1994 wurde aufgrund dieser Ermittlungen der in den 40er und 50er Jahren tätige KGB-Vorsitzende, Alfreds Noviks, verhaftet und am 13. Dezember 1995 wegen Massendeportationen, Terrorisierung und Ermordung unschuldiger Menschen in den Jahren 1941 und 1949 zu lebenslanger Haft verurteilt (er ist 1996 im Gefängnis verstorben). Weitere Verhaftungen hat es aufgrund der Ermittlungen dieser Kommission bisher nicht gegeben.

Die Rehabilitierung der Opfer der sowjetischen Herrschaft begann bereits 1988. Durch Beschluß des Ministerrats[18] und ein Dekret des Obersten Rats[19] der SSR Lettland wurden die in den 40er und 50er Jahren unschuldig deportierten Personen rehabilitiert. Im August 1990 geschah dies in bezug auf alle unschuldig Repressierten.[20] Am 13. Mai 1992[21] und in überarbeiteter Form am 26. April 1996[22] wurde der Status von politisch repressierten

---

13 Beschluß "Über die Beendigung der Arbeit der Behörden der Staatssicherheit der UdSSR in der Republik Lettland" vom 23.8.1991.

14 Gesetz "Über die Wahlen der Saeima" vom 16.3.1993, "Das Wahlgesetz der Saeima" vom 6.6.1995, Latvijas Vēstnesis, Dokumenti 7/1995, S. 200 und "Das Gesetz über die Wahl der Stadträte, der Rayon- und Gemeinderäte" vom 25.1.1994, Latvijas Vēstnesis, 10/1994.

15 Gesetz "Über das Beamtentum" vom 3.5.1994, Latvijas Vēstnesis, 52/1994, "Staatsanwaltschaftsgesetz" vom 19.5.1994 und Änderungen des Gesetzes "Über die Befugnisse der Gerichte" vom 15.6.1994, Latvijas Vē stnesis, 72/1994.

16 "Staatsangehörigkeitsgesetz" vom 11. 8.1994, Latvijas Vēstnesis, 93/1994 (Text in lettischer, russischer und englischer Sprache).

17 Beschluß "Über die Umsetzung der konventionellen Rechtsnormen in Lettland in bezug auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit" vom 15.3.1992.

18 Beschluß des Ministerrats der SSR Lettland "Über die ungerechtfertigte administrative Ausweisung von Bürgern aus der SSR Lettland im Jahre 1949" vom 2.11.1988.

19 Dekret des Präsidiums des Obersten Rats der SSR Lettland "Über die Rehabilitierung der in den 40er und 50er aus Lettland deportierten Personen" vom 2.11.1989.

20 Gesetz "Über die Rehabilitierung der ungesetzlich repressierten Personen" vom 3.8.1990.

21 Gesetz "Über die Feststellung des Status der politisch repressierten Personen" vom 13.5.1992.

22 Gesetz "Über die Feststellung des Status der Opfer des kommunistischen und nazistischen Regimes" vom 26.4.1996.

Personen und die daraus abzuleitenden Konsequenzen genauer definiert. Neben der Wiederherstellung ihrer bürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte wurde eine Kompensation der materiellen Verluste in Aussicht gestellt. Konkret erhalten alle ehemals politisch Verfolgte Unterstützung bei der Lösung sozialer Probleme, Vergünstigungen in der medizinischen Versorgung, bei der Zahlung von Steuern und Abgaben, bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und eine mehrfache Anrechnung der Gefangenschaft auf die Rente. Insgesamt waren bis September 1996 88.000 Personen rehabilitiert worden.

Am 10. Mai 1996 wurde zusätzlich ein Gesetz[23] verabschiedet, daß die Mitglieder von nationalen Widerstandsgruppen den politisch Repressierten gleichstellt.

Die Restitution der ungesetzlich enteigneten Güter regelt ein Beschluß des Ministerkabinetts vom 23. April 1996.[24] Darin ist u.a. der Umfang der Kompensationen für den Fall festgelegt, daß eine reale Rückgabe der enteigneten Güter nicht mehr möglich ist. Die praktische Durchführung dieser Bestimmungen obliegt der örtlichen Selbstverwaltung, ist aber aufgrund des sehr begrenzten Budgets der Kommunen kaum realisierbar. Aufgrund dessen haben die Organisationen und Institutionen, die sich mit den Problemen der Opfer der Gewaltherrschaft befassen – das Innenministerium, das Oberste Gericht, die Staatsanwaltschaft, das Staatsarchiv Lettlands, das Zentrum für die Dokumentation der Folgen des Totalitarismus –, gemeinsam beschlossen, einen gemeinnützigen Fonds zur Unterstützung der politisch Repressierten einzurichten, um so zusätzliche Mittel für die Bewältigung dieser Aufgabe aufzubringen.

III.2 Die Akten der Kommunistischen Partei und des Geheimdienstes KGB

Sämtliche Unterlagen der KP und des KGB Lettlands werden als Bestandteil des Staatsarchivs betrachtet. Die Verfügbarkeit über diese Akten ist geregelt durch das Gesetz über die Archive,[25] das Gesetz über die Nutzungsmöglichkeiten der Akten des KGB[26] und die entsprechenden Anwendungsbestimmungen des Ministerrats.[27]

Die Akten der KP Lettlands werden in der Abteilung für sozialpolitische Dokumente des Staatsarchivs Lettlands verwahrt und sind für wissenschaftliche und publizistische Zwecke frei zugänglich, sofern sie die Nichtweitergabe von Informationen über dritte Personen nicht beeinträchtigen. Noch nicht frei zugänglich sind die Akten, die derzeit von den Mitarbeitern des Staatsarchivs bearbeitet und geordnet werden. Dazu gehört ein Großteil der Dokumente

---

23 Gesetz "Über den Status der Angehörigen der nationalen Widerstandsbewegung" vom 10.5.1996.

24 Bestimmung Nr. 148 des Ministerkabinetts der Republik Lettland "Ordnung, nach welcher sich die Rückgabe oder die Kompensation der Güter an diejenigen vollziehen soll, deren Deportation als unbegründet anerkannt worden ist" vom 23.4.1996, Latvijas Vēstnesis, 74-75/1996.

25 Gesetz "Über die Archive" vom 26.3.1991.

26 Gesetz "Über die Verwahrung und Verwendung der Dokumente des ehemaligen Staatssicherheitskomitees und über das Verfahren zur Feststellung der Zusammenarbeit mit dem KGB" vom 2.6.1994, Latvijas Vēstnesis, 65/1994.

27 Bestimmung 151 des Ministerkabinetts der Republik Lettland über die "Anwendungsbestimmungen bezüglich der im Zentrum für die Dokumentation der Folgen des Totalitarismus zur Verfügung stehenden Dokumente des Staatsssicherheitskomitees" vom 13.6.1995, Latvijas Vēstnesis, 94/1995.

der regionalen KPL-Strukturen, deren Umfang bei der Übergabe an das Staatsarchiv 800 Säcke betrug. Es ist damit zu rechnen, daß diese Arbeit 1997 beendet sein wird. Die Dokumente des Zentralkomitees der KPL sind bereits in Gänze geordnet und zugänglich.

Von den Akten des KGB der SSR Lettland ist nur ein geringer Teil in Lettland geblieben. Der größte Teil befindet sich in der Russischen Föderation. Darunter sind ein großer Teil der Kriminalakten des KGB sowie alle Akten, die die Sicherheitsorgane der UdSSR über die führenden Politiker Lettlands nach der Okkupation 1940 angefertigt hatten, so u.a. die Akten über den Präsidenten Kārlis Ulmanis und den Außenminister Vilhelms Munters, über die Oberbefehlshaber der lettischen Armee, über die Tätigkeit der führenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte während der Zwischenkriegszeit. Die meisten Akten wurden nach Uljanowsk und Saratow gebracht. In Uljanowsk befinden sich u.a. die geheimen Unterlagen über die Spionagetätigkeit des KGB und der Grenzorgane in Lettland, 21.964 Filtrationsakten, d.h. Akten männlicher Einwohner Lettlands, die nach Kriegsende einer Überprüfung unterzogen wurden, und zusätzlich Listen mit Namen von weiteren 13.619 Personen, deren Filtrationsakten vernichtet worden sind, sowie 5.580 Kriminalakten. In Saratow werden die Personalakten und die Tätigkeitsberichte der Agenten des KGB der SSR Lettland, die Listen der konspirativen Wohnungen, Akten der vom KGB observierten Personen u.a.m. aufbewahrt. Unbekannt bleibt, welche und wie viele KGB-Akten in der Zeit zwischen 1989 und 1991 in Lettland vernichtet wurden.

Die Rückgabe der Akten ist Verhandlungsgegenstand bei den Gesprächen zwischen Lettland und Rußland, wobei deren bisheriger Verlauf wenig Hoffnung läßt, daß die Unterlagen Lettland ausgehändigt werden könnten, auch wenn im Bericht Nr. 7443 der Januar-Session 1996 des Europarats Rußland im Zusammenhang mit seiner Aufnahme in den Europarat aufgefordert wird, mit anderen europäischen Ländern Gespräche über die Rückgabe von kulturellen Werten, einschließlich von Archiven, an die rechtmäßigen Besitzer zu führen.

Nach dem Verbot der Tätigkeit des KGB der SSR Lettland am 23. August 1991 wurden die in Lettland verbliebenen Akten zunächst von verschiedenen Institutionen übernommen – vom Innenministerium, von der Staatsanwaltschaft, von der Polizeiakademie und vom Staatsarchiv Lettlands. Nach und nach kamen die meisten Unterlagen in das Staatsarchiv, so z.B. Filtrationsunterlagen über etwa 58.000 Personen, die Kartothek der Partisanen sowie der sie unterstützenden Personen (ca. 30.000 Karteikarten), die Kriminalakten des KGB (rund 30.000 Einheiten in 70.000 Bänden), Unterlagen über die deportierten Familien (5.166 Akten über die 1941 und 13.286 Akten über die 1949 deportierten Familien).

1992 wurde das "Zentrum für die Dokumentation der Folgen des Totalitarismus" (TSDC) gegründet und auf Beschluß des Obersten Rats der Republik Lettland vom 16. März 1993 festgelegt, daß in Zukunft die Akten des KGB von diesem Zentrum inventarisiert und dokumentiert werden. Dem Zentrum sollen danach alle Dokumente zur Verfügung gestellt werden, die sich auf die unmittelbare operative Arbeit des KGB beziehen, doch gerade diese Akten weisen große Lücken auf.

Die Verfügung über und die Einsichtnahme in die Akten des KGB ist in dem Gesetz vom 2. Juni 1994 und dem Beschluß des Ministerkabinetts vom 13. Juni 1995 wie folgt festgelegt:

- Die im TSDC verwahrten KGB-Akten sind uneingeschränkt nutzbar, sofern sie keine Informationen über konkrete Personen enthalten.
- Eine jegliche Person hat das Recht, Informationen zur eigenen Person zu erhalten, sofern davon nicht das Recht dritter auf Geheimhaltung berührt wird.
- Das Präsidium des Parlaments, die Vorsitzenden von örtlichen Räten sowie die Leiter von Behörden haben das Recht, Auskünfte über eine mögliche KGB-Mitarbeit von Parlamentsabgeordneten, gewählten Vertretern oder von Personen in Tätigkeiten, die einer bestimmten Geheimhaltung unterliegen, einzuholen. Im Falle einer auch gerichtlich bestätigten Mitarbeit sind die entsprechenden Personen ihrer Mandate und Ämter zu entheben.
- Falls die Tätigkeit eines KGB-Mitarbeiters als kriminell bewertet wird, so ist diese Information nach einem entsprechenden Gerichtsbeschluß zu veröffentlichen.
- Falls die Tätigkeit eines KGB-Mitarbeiters oder Informanten nicht als verbrecherisch bewertet wird, stehen die entsprechenden Dokumente 20 Jahre nach ihrer Anfertigung oder 5 Jahre nach dem Tod der entsprechenden Person für wissenschaftliche oder publizistische Zwecke zur Verfügung.
- Die Agenten-Kartei des KGB steht 20 Jahre nach Liquidierung des KGB, d.h. ab dem Jahre 2011, für publizistische und wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung.

Bisher sind die Dokumente des TSDC für wissenschaftliche und publizistische Zwecke kaum genutzt worden, außer für wissenschaftliche Arbeiten von Mitarbeitern des Zentrums.[28]

Die meisten Anfragen kommen von staatlichen Behörden und Justizorganen, die mit der Überprüfung von Beamtenanwärtern, Richtern, Abgeordneten und Antragstellern auf Erhalt der lettischen Staatsbürgerschaft befaßt sind, sowie von den Sicherheitsorganen Lettlands. Auch Einzelpersonen wenden sich an das TSDC, um zu erfahren, welche Informationen der KGB über sie zusammengetragen hat, doch die Informationen darüber sind sehr dürftig.

III.3 Regelungen im sozialökonomischen Bereich

In den Jahren 1993 und 1994 wurde eine Reorganisation der staatlichen Behörden auf höchster Ebene durchgeführt. In vielen Bereichen, wie z.B. im Wirtschaftsministerium, wurde ein Großteil des Personals ausgewechselt, manche Ministerien, wie das Außenministerium und das Verteidigungsministerium, wurden von Grund auf neu aufgebaut, jedoch in anderen Bereichen, wie z.B. im Innenministerium und im Polizeiapparat, blieben die alten Strukturen in weiten Teilen erhalten. Die Staatsanwaltschaft und das Gerichtswesen konnten sich zwangsläufig nur auf das vorhandene Personal stützen.

---

[28] Bisher unveröffentlichte Untersuchungen des TSDC: Die Spionagetätigkeit der UdSSR in Lettland in den 20er und 30er Jahren. Die Partisanen und deren Bekämpfung durch den KGB. Arbeitsmethoden des KGB, soweit dies aus den operativen Unterlagen hervorgeht. Die ideologischen Kontrollmechanismen in der SSR Lettland. Kontrollmechanismen an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen Lettlands.

Im Frühjahr 1997 entbrannte erstmals eine breite öffentliche Diskussion darüber, inwieweit frühere hohe verantwortliche Amtsträger auch heute im Staat führende Ämter einnehmen können. Ausgangspunkt dieser Diskussion war die Tatsache, daß der stellvertretende Ministerpräsident Lettlands, Juris Kaksītis, noch 1986 als Richter des Obersten Gerichts der SSR Lettland fünf Jahre Haft gegen den damals 20jährigen Rolands Silaraups verhängt hat, dessen Verbrechen darin bestanden hatte, verbotene Bücher gelesen und weitergegeben und den freiwilligen Anschluß Lettlands an die Sowjetunion angezweifelt zu haben.[29] Im Verlaufe dieser Diskussion wurde deutlich, daß fast alle Richter, die noch in den 80er Jahren Urteile gegen Dissidenten verhängt hatten, noch immer in der Staatsanwaltschaft oder im Gerichtswesen oder auch als Hochschullehrer tätig sind.[30] Letztendlich blieb auch diese Diskussion ohne Folgen, J. Kaksītis blieb im Amt, und selbst in der Regierung von G. Krasts, dessen Partei "Vaterland und Freiheit" sich noch vor drei Jahren für Berufsverbote ausgesprochen hat, nimmt Kaksītis wieder das Amt des stellvertetenden Ministerpräsidenten ein.

In den meisten Universitäten ist aufgrund der bestehenden Hochschulautonomie die alte Personalstruktur fast vollständig erhalten geblieben. Selbst in leitenden Positionen gab es in den alten Hochschulen kaum Veränderungen. Erst jetzt sind erste Ansätze für eine Hochschulreform erkennbar. So werden in Zukunft z.B. Professoren nicht mehr über die Pensionsgrenze hinaus an Hochschulen tätig sein dürfen. Auch im schulischen Bereich gibt es kaum Veränderungen. Dieselben Lehrer, die in der Vergangenheit gehalten waren, eine ideologische Erziehung der Kinder im Geiste des Sozialismus zu gewährleisten, sollen jetzt Kinder und Jugendliche zu mündigen, eigenständig denkenden Personen erziehen. Doch dafür bedürfte es zunächst einer grundlegenden Umschulung der Lehrer, die vom Staat kaum geleistet wird bzw. geleistet werden kann.

Es gibt heute unabhängige Medien, eine freie Presse; Rundfunk und Fernsehen unterliegen keiner direkten staatlichen Kontrolle. Form und Inhalt haben sich grundlegend verändert, doch werden besonders die staatlichen Medien, Rundfunk und Fernsehen, nach wie vor von Journalisten dominiert, die bereits zu Sowjetzeiten dort tätig waren.

Im ökonomischen Bereich hat eine ehemalige KP-Mitgliedschaft keinerlei Nachteile, im Gegenteil, die Mitglieder der sowjetischen Nomenklatura, führende Mitarbeiter aus Partei, Staat und Wirtschaft, hatten nach der Wende wesentlich bessere Startbedingungen, in einer freien Marktwirtschaft tätig zu werden, und sind so auch heute überproportional häufig als Eigentümer oder leitende Mitarbeiter in den neuen Unternehmen, insbesondere im Bereich des Handels sowie des Versicherungs- und Bankwesens, zu finden.

III.4 Die historische Aufarbeitung der Vergangenheit

In Lettland bedarf es heute in einem mehrfachen Sinne einer breiten und umfassenden Aufarbeitung der Vergangenheit. Nicht nur die Sowjetzeit gilt es aufzuarbeiten, sondern auch

---

29 Auszüge aus der Urteilsbegründung s. "Diena", 27.2.1997.
30 "Diena", 23.5.1997.

die Zeit der autoritären Ulmanis-Herrschaft der Jahre 1934 bis 1940 und die Zeit der deutschen Okkupation in Lettland 1941 bis 1945 und die damit verbundene Mitverantwortung für die Vernichtung der in Lettland lebenden jüdischen Bevölkerung.

Die sowjetische Geschichtsschreibung in Lettland war ideologisch ausgerichtet und sollte Geschichte aus dem Blickwinkel des Klassenkampfes wahrnehmen, wobei insbesondere die Darstellungen der jüngsten Geschichte Lettlands zur Begründung und Legitimation der Sowjetherrschaft in Lettland dienen mußten.[31] Nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit erschienen zunächst Geschichts- und vor allem Schulbücher, die an die Tradition einer lettisch-national geprägten Historiographie der Vorkriegszeit anknüpften. Dies zeigte sich nicht nur in Nachdrucken, sondern teilweise auch in neu verfaßten Lehrbüchern.[32] Erst in den letzten Jahren ist diesbezüglich, nicht zuletzt auch durch intensive Auseinandersetzung mit der westlichen Historiographie, ein Wandel eingetreten.[33]

Die Ulmanis-Diktatur, während der Sowjetzeit Inbegriff einer faschistischen, terroristischen Gewaltherrschaft, erhielt nach 1990 in der Presse und im öffentlichen Bewußtsein einen Glorienschein, und erst allmählich entsteht ein differenzierteres Bild dieser Zeit.

Der Holocaust an den Juden Lettlands war zur Sowjetzeit ein tabuisiertes Thema, eine Auseinandersetzung damit galt als Ausdruck jüdischen Nationalismus. Auch in der lettischen Emigration wurde dieses dunkle Kapitel der Vergangenheit lange Zeit verschwiegen. Eine Ausnahme ist der in Amerika lebende lettische Historiker Andrievs Ezergailis, der sich in den 80er Jahren ausführlich diesem Thema gewidmet hat.[34] Die Mehrzahl der Veröffentlichungen zu diesem Thema stammt von Juden, die jetzt im Westen leben.[35] Auch die wissenschaftliche Analyse der gesamten politischen Entwicklung während der deutschen Okkupation befindet sich erst in den Anfängen.[36]

Noch weniger ist bislang die Zeit der sowjetischen Okkupation einer kritischen Aufarbeitung unterzogen worden. Während der Sowjetzeit fand eine Auseinandersetzung mit den dunklen Kapiteln der Vergangenheit, mit den sowjetischen Repressionen entweder überhaupt nicht statt oder wurde als eine notwendige Begleiterscheinung der "sozialistischen Revolution" betrachtet.

---

[31] Einen kurzen Überblick über die Historiographie Lettlands während der Sowjetzeit gibt Heinrihs Strods: Latvijas vēstures zinātne (1945-1990) [Die Geschichtswissenschaft Lettlands 1945-1990], in: Latvijas vēsture, 1/1991, S. 3-6.

[32] Siehe O. Konstanda (Hrsg.): Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands], Riga 1992.

[33] 1995 fanden zwei vom Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Goethe-Institut Riga gemeinsam organisierte und geleitete Konferenzen statt, auf denen die vorliegenden Geschichtsschulbücher einer kritischen Bewertung unterzogen wurden.

[34] A. Ezergailis: The Holocaust in Latvia (1941-1944), Riga 1996.

[35] M. Kaufmann: Die Vernichtung der Juden Lettlands, München 1947; B. Press: Judenmord in Lettland 1941-1945, 2. Aufl., Berlin 1992; F. Gordon: Latvians and Jews between Germany and Russia, Stockholm 1990.

[36] V. Samsons, Latvijas Zinātņu Akadēmija (Hrsg.): Latvijas suverenitātes ideja likteņgriežos. Vācu okupācijas laika dokumenti 1941-1945 [Die Souveränitätsidee Lettlands in den Schicksalsjahren. Dokumente der deutschen Okkupationszeit 1941-1945], Riga 1990; H. Strods: Zem melnbrūnā zobena. Vācijas politika Latvijā 1939-1945 [Unter dem schwarzbraunen Schwert. Die Politik Deutschlands in Lettland 1939-1945], Riga 1992.

Nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit waren insbesondere jüngere Historiker bemüht, die Lücken der Vergangenheit zu schließen, wobei zunächst das Rohmaterial – Dokumente, Erinnerungen, Darstellung von einzelnen Fakten und Ereignissen – erfaßt wurde.

Die eingehendste historisch-wissenschaftliche Behandlung hat in den letzten Jahren die Zeit der ersten sowjetischen Okkupation 1939-1941 erfahren.[37] In einigen Artikeln sind auch die ersten Jahre der zweiten sowjetischen Okkupation bis 1953 und die Säuberungen der Partei 1959 erfaßt. Die Zeit zwischen 1960 und 1985 ist bis auf wenige Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zur sowjetischen Nationalitätenpolitik und zur Widerstandsbewegung bisher noch gar nicht behandelt worden. Über die Zeit des nationalen Erwachens von 1985 bis 1990 gibt es einige Dokumentationen, Materialsammlungen und auch Erinnerungen.

Die historische Aufarbeitung der jüngsten Geschichte Lettlands befindet sich noch immer in den Anfängen, es gibt große Lücken, viele Fragen sind offen, so z.B. die Frage nach der Verantwortung bzw. nach der Macht- und Kompetenzverteilung zwischen der Zentralregierung und den örtlichen Verwaltungsorganen oder die Frage nach dem Einfluß der KP auf die Alltagsarbeit von Politikern, Ökonomen, Wissenschaftlern, Journalisten usw. Das Hauptproblem dürfte derzeit sein, daß es nur wenige Wissenschaftler gibt, die sich mit der allerjüngsten Zeitgeschichte befassen.

IV. Ausblick

In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Gedenkstätten für die Opfer der sowjetischen Gewaltherrschaft errichtet, das ehemalige Revolutionsmuseum dient jetzt als Okkupationsmuseum, und das Parlament Lettlands hat am 22. August 1996 eine "Deklaration über die Okkupation Lettlands" angenommen, in der ein kurzer historischer Überblick über die Okkupationszeit und die Folgen der Okkupation gegeben und auch die Widerstandsbewegung gewürdigt wird. Das heißt, es gibt durchaus eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sie beschränkt sich jedoch in erster Linie auf die Okkupation und die damit verbundenen unmittelbaren Folgen. So wichtig und notwendig eine solche Auseinandersetzung mit der Geschichte ist, so kommt ihre Ausrichtung doch einer weit verbreiteten "Opfermentalität" entgegen – sich von der Sowjetzeit zu distanzieren und die negativen Auswirkungen dieser Zeit ausschließlich einem äußeren Feind zuzuschreiben. Fünf Jahre nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit besteht in Lettland nur wenig Bereitschaft, über die Mitverantwortung auch der lettischen Bevölkerung und über das eigene Mitwirken, die eigene Schuld nachzudenken und öffentlich zu diskutieren. Weder Wissenschaftler noch Politiker, noch Intellektuelle oder Medien schenken diesem Thema Aufmerksamkeit. Und es fehlt nicht an Rechtfertigungen, weshalb dies nicht geschieht. Die einen sehen darin den Beginn von Hexenjagden. Andere gefallen sich in der Äußerung, daß sich mit der Zeit alles von selbst aufklären wird. Wieder andere meinen, daß es für eine

[37] Siehe u.a.: M. Duhanovs/I. Feldmanis/A. Stranga: 1939. Latvia and the Year of Fateful Decisions, Riga 1994; I. Grava-Kreituse u.a.: The Occupation and Annexation of Latvia: 1939-1940. Documents and Materials, Riga 1995.

Vergangenheitsaufarbeitung noch zu früh sei, daß man erst Abstand gewinnen müsse, oder begründen dies damit, daß Lettland jetzt einer inneren Ruhe und Konsolidierung bedarf, daß eine konsequente Vergangenheitsaufarbeitung, bei der die Dinge beim Namen genannt würden, das Land in ein Irrenhaus verwandeln könnte. Das Grundproblem scheint jedoch darin zu liegen, daß der größte Teil der Bevölkerung in der Vergangenheit das System in der einen oder anderen Weise gestützt hat und daß der gesellschaftliche und politische Wandel in großem Maße von Mitgliedern der ehemaligen sowjetischen Nomenklatura getragen wurde, die auch heute noch in führenden Positionen in allen Bereichen zu finden sind. Eine Vergangenheitsaufarbeitung wird auch dadurch erschwert, daß man diese nicht so sehr als ein Mittel oder gar eine Voraussetzung zur geistigen Erneuerung und gesellschaftlichen Konsolidierung sieht, sondern dieses Thema mit der Suche nach Schuldigen gleichsetzt, daß dabei Rache- und Vergeltungsgedanken ins Spiel gebracht werden. All dies macht es sehr schwer, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. So war es kein Zufall, daß es eines Anstoßes von außen bedurfte, um in Lettland eine breitere öffentliche Diskussion zu diesem Thema zu entfachen. Auf einer von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierten Tagung im Mai 1996 in Riga diskutierten erstmals Wissenschaftler, Journalisten, Literaten und Politiker – Täter wie Opfer – gemeinsam über das Thema "Lebendige Vergangenheit" und reflektierten dabei auch das eigene Wirken während der Sowjetzeit.[38] So positiv diese Konferenz auch von allen Seiten bewertet wurde, so war sie doch nur ein erster Impuls für eine notwendige, breite und umfassende wissenschaftliche, pädagogische und moralische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit in Lettland.

[38] Konferenzbericht, in: 11. Rigaer Gespräche. Dzivā pagātne. Latvijas nesenās pagātnes izvērtēšana. Pārskats par Heinriha Bella fonda (Ķelne, VFR). Baltiešu Kristigo Studentu Apvienibas (Bonna, VFR), Gētes institūta Rigā organizētajām 11. Rigas sarunām. 17.5.-19.5.1996. Riga 1997.

Henn-Jüri Uibopuu/Andrejs Urdze

Dealing with the Communist Past in Estonia and Latvia

Bericht des BIOst Nr. 46/1997

Henn-Jüri Uibopuu

Dealing with the Communist Past in Estonia

Summary

Communism never took root as firmly among the Estonian population as it did in the rest of USSR. Fearing that they would become a minority in their own country the Estonians were always resistant to Russification, and an organised dissident movement emerged in Estonia relatively early, around 1980.

The judiciary in Estonia began to tackle the injustices of the communist era long before the country achieved independence in August 1991 and a series of laws was passed that created a legal foundation for independence. These included the law on language, the constitutional framework for the restoration of state sovereignty, the law on the election of local representatives and on local self-governing bodies and a number of economic laws. Thus, in political terms Estonia was well prepared for the declaration of independence in 1991 and this made it easier for the country to confront its political past. This process began when the first steps were taken towards restoring state sovereignty in 1988. Of the twenty-eight officially registered anti-communist parties fifteen are represented in parliament today. Nevertheless, only a few of them are what we would call political parties – the majority are simply electoral alliances with relatively little party discipline, as the presidential elections of August 1996 showed.

The ethno-political conflict between the Russians who migrated to Estonia from the former USSR and the Estonians has not yet been solved. The main reason for this is the Russian citizenship law of 1991. Because Russia had already recognised the independence of the Baltic States in August 1991, Russians resident in Estonia were not able easily to obtain Russian citizenship and the majority of them became stateless. At the same time, language remains a sensitive issue, since Estonia has made the granting of Estonian citizenship subject to a language and history exam. The former Communist Party, which had already split off from the CPSU in 1989, is today called the Estonian Democratic Workers' Party but has only a minor role to play politically. Support for communism is only to be found on any scale among the Russian-speaking population, particularly among retired members of the military who are nostalgic for their former position as an elite.

Otherwise Estonia is well advanced in the process of confronting the injustices of the communist past and has already completed the rehabilitation of the victims of communism. Of course, the brutalities of the past, which took their toll on every family, mean that it will never be forgotten completely. Nevertheless, it is already clear today that Estonians are looking more towards the future than into the past. The main reminder of the past is the still-existent latent threat of a new Russian invasion of the Baltic States. Retired members of the Russian military and Russian chauvinists of other kinds will make sure that these memories remain alive for some decades to come.

Andrejs Urdze

Dealing with the Communist Past in Latvia

Summary

Latvia was occupied by foreign states for fifty years – from 1940 until 1990. Both the Soviet occupation (1940/41 and 1944-1990) and the German occupation (1941-1944) cost large numbers of lives and did untold material and intellectual damage. After a period of active resistance (approx. 1945-1950) there followed forty years of accommodation. In the late 1950s there were some attempts by the Communist Party to defend the interests of the republic. After that, resistance was exercised only by individuals, in particular members of the cultural intelligentsia. But the vast majority of the population accommodated itself to the regime.

After regaining independence in 1990/1991 Soviet power structures, the Communist Party of Latvia, which was loyal to Moscow, and the KGB were banned and dissolved. Former members of the Communist Party were not, however, put at any kind of disadvantage either socially, economically or politically. The organisations that directly succeeded the Communist Party of Latvia had little political influence after 1991. Nevertheless, the country's development continues to be influenced to a large degree by a number of former Communist Party members who are now in other parties.

The process of dealing with the country's past is being hampered by the fact that the majority of KGB documents were either destroyed or moved to Russia. What is more public interest in an examination of the past is restricted primarily to the early years of the occupation, to crimes committed during the Stalin era and to the rehabilitation of its victims. An examination of the whole communist period in Latvia and of the extent of co-operation with the regime and of responsibility of the indigenous population for what went on during the fifty years of occupation has yet to take place.